

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Wackelt nun der Hund mit dem Schwanz? Das Betreuungsgeld (1,2 Mrd € pro Jahr) wird wohl kommen, dafür ist eigentlich nur die CSU. Die wirklich großen Themen für die nächsten Jahre sind doch wohl Rente und Pflege. „Armut durch Arbeit“ gäbe auch ein schönes Thema ab. Ist es nicht eine Unverschämtheit, von Menschen zu verlangen, sie sollten möglichst mindestens 40 Stunden pro Woche arbeiten für einen „Prekärlohn“ und dann vom Hungerlohn auch noch eine private Zusatzrente bezahlen? Die vorprogrammierte Altersarmut zählt ja augenblicklich nicht. Die sollen andere verantworten!

Im Vergleich mit den USA stehen wir da eigentlich super da: selbst der von uns so heiß erwünschte Präsident Obama wäre bei uns bei den Seeheimern, dort bei den Liberalen zu finden. Nächste Woche werden wir sehen, mit wem wir es in Zukunft zu tun haben werden. Für uns Europäer dürfte es wohl nicht unwichtig sein.

Damit wären wir bei den Wahlen im nächsten Jahr bei uns. Im Spiegel der Umfragen gibt es derzeit nur zwei Koalitionen: die Große Koalition und Schwarz-Grün. Mit der ersteren wollen wir uns nun wirklich nicht anfreunden. Die Folgen wären verheerend. Die zweite Möglichkeit würden die Grünen wohl auch nicht ohne schwerste Schäden überstehen.

Sollten wir tatsächlich nur auf Rot-Grün fixiert in den Wahlkampf gehen, bleibt uns nur der Kampf um jede/n einzelne/n Wähler/in für die Partei SPD und nicht für die Erststimme. Als Bewohner der Diaspora stellt sich schon mal die Frage: warum kümmert man sich an der Spitze so wenig um die weißen Flecken in der Fläche? Hat denn noch niemand gemerkt, dass die immer größer werden? Warum denn immer gute Listenplätze nur in den Hochburgen?

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Schwarz-Gelb ist scheinheilig, wenn es um Anstand und Moral geht - Peer Steinbrück attackiert Merkel bei Aussprache	2- 5
- EU: Ehegüterrecht – EU am Scheidungsweg	5- 6
- "Blockadehaltung der Bundesregierung zwingt EZB zum Handeln" - "Grünes Licht für Europa" - Friedensnobelpreis geht verdienstermaßen an die EU	6- 7
- BW: Landesregierung muss sich für bezahlbare Energie stark machen	7
- „Ramsauer stoppt den Ausbau der Bundesstraßen in BW“, „MdB Rief und MdL Schneider operieren mit falschen Zahlen“	8
- Brief von Dr. Peter Ramsauer, MdB, BM: Bundesfernstraßenbau in Baden-W.	8- 9
- SPD will den Verkauf von IGeL-Leistungen beim Arzt einschränken - Das Wahlergebnis bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl	9-10
- SPD-Bodenseekreis: Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und die Nebeneinkünfte	10-11
- Dieter Hornung für Konfrontation statt Schlichtung - Der Traum vom billigen Strom	11-12
- „Das Attentat des Herrn Hauber“	12-14
- Nominierungsversammlung in Ittendorf	14-15
- MdB Gerster und MdL Rivoir begrüßen steigende Aufwendungen - Termine im Bodenseekreis	15+30
- SBI: Strategie-Tagung der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI)	16-17
- SPÖ Vorarlberg: Normalversicherte dürfen ohne Aufzahlung in Klassebetten! – Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher erneut wiedergewählt - Gemeinnützigen Wohnbau verstärken - SPÖ Bregenz legt in Sonntagsfrage über fünf Prozentpunkte zu	17-19
- Infos: Erstaufnahmezentrum Traiskirchen bis Ende November entlasten	19
- SPD Kreis BC und Martin Gerster:	
- Mit neuem Vorstand in den Wahlkampf!	19-20
- Politischer Martini der SPD in Vogt	20-21
- Politischer Martini der SPD in Laupheim	21-22
- SPD Kreis Sigmaringen: Stella Kirgiane-Efremidis ist SPD-Bundestagskandidatin im Wahlkreis 295	22
- SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz:	
- Inklusion-Gemeinsam lernen	22-23
- DGB Kreisverband Konstanz gegründet	23-24
- Ulm und Hilde Mattheis: Wir brauchen eine solidarische Energiewende - Die Bahn hat mal wieder Verspätung - Mattheis besucht Lohnunternehmen Reichardt in Altheim	24-25
- Hilde Mattheis unterstützt Einigung bei Polizeiposten Munderkingen – Energiewende sozialverträglich gestalten - Finanzpolitik in Zeiten der "Euro-Krise"	25-27
- BavarnSPD, SPD Kreisverband Lindau:	
- Nominierung im Wahlkreis 256 Kempten-LI-OAL für Bundestagskandidatur	28
- Söder schützt reiche Steuerhinterzieher	28-29
- Reine Nullnummer	29
- SPD-Publikationen in der Region	30
- Mit der S-Bahn zur Landesgartenschau 2020 in Überlingen - Demographie oder Demagogie? - Verleihung Sozialistenhut	32-34
- Impressum	35

Schwarz-Gelb ist scheinheilig, wenn es um Anstand und Moral geht

Mein Standpunkt

Frank-Walter Steinmeier:

Schwarz-Gelb ist scheinheilig in der Debatte um Nebeneinkünfte, energiepolitisch unbelehrbar und die Kanzlerin bleibt die Wahrheit schuldig, wenn es um die Europäische Finanzkrise geht.

Schwarz-Gelb trat 2009 an als „bürgerliche“ Koalition. CDU, CSU und FDP posierten als Repräsentanten des leistungsorientierten Bürgertums. Die Fassade fiel schnell in sich zusammen: Regierungschao, Klientelpolitik, Steuerprivilegien, FDP-Parteileute, die ohne jede Scham reihenweise Staatsämter als Beute kassieren. Und eine große Scheinheiligkeit, wo es um Anstand und Moral geht. Dieses Muster zeigt sich jetzt wieder in der Debatte um die Nebeneinkünfte von Abgeordneten. Zuerst spuckten die Generalsekretäre große Töne, Peer Steinbrück müsse alle Einkünfte aus seinen Reden offen legen, dann aber fiel auf, dass Union und FDP schon die Verschärfung der Transparenzregeln durch Rot-Grün, die heute gelten, 2005 abgelehnt hatten. Noch 2010 hat sich Schwarz-Gelb unserem Vorstoß widersetzt, die über 7.000 Euro hinausgehenden Nebeneinkünfte genauer erkennbar zu machen. Die Scheinheiligen von Schwarz-Gelb werden wir uns jetzt zur Brust nehmen.

Offenlegungspflichten von Nebeneinkünften verschärfen

Wir schlagen diese Woche eine weitere Verschärfung der Offenlegungspflichten vor: Alle Nebeneinkünfte sollen in den konkreten Summen und mit den konkreten Auftraggebern oder Vertragspartnern gemeldet werden, und zwar nicht nur dem Bundestagspräsidenten, sondern öffentlich einsehbar für jeden, der es wissen will. So kommen auch Nebenverdienste von 300.000, 400.000 oder 500.000 Euro auf den Tisch. Doch wen wundert's: Union und FDP mauern wieder, weil es um ihre eigenen Leute geht, die den Schatten suchen und das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

Im Übrigen, um Scheinheiligkeit und Täuschung geht es auch bei der Serie von erschliche-

nen Dokortiteln in den Reihen von CDU, CSU und FDP. Der Betrüger zu Guttenberg ist nur einer von zwölf Fällen, die in den letzten Jahren bekannt wurden. Zum Fall Guttenberg sagte Wissenschaftsministerin Annette Schavan: „Als jemand, der selbst vor 31 Jahren promoviert hat und in seinem Berufsleben viele Doktoranden begleiten durfte, schäme ich mich nicht nur heimlich.“ Heute muss sie Fragen zu ihrer eigenen Doktorarbeit beantworten, der ein von der Universität Düsseldorf bestellter Gutachter eine durchgehende Täuschungsabsicht bescheinigt. Sie sollte es rasch und rückhaltlos tun.

Strompreise – Merkel: „No risk, no fun.“

Wie Angriffe von Schwarz-Gelb auf SPD und Grüne nach hinten los gehen, zeigt auch die Auseinandersetzung um steigende EEG-Umlage und Strompreise. Rot-Grün soll die Schuld an den heutigen Preissprüngen zugeschoben werden. Das soll wohl von dem beispiellosen energiepolitischen Versagen der Regierung Merkel ablenken. Tatsache aber ist, was Bundesumweltminister Altmaier am Wochenende zugab: „Das EEG hat zehn Jahre gut funktioniert.“ Richtig, anders wäre die erfolgreiche Markteinführung der Erneuerbaren Energien, die heute einen Anteil von 25 Prozent ausmachen, gar nicht möglich gewesen. Durch die schwarz-gelbe Planlosigkeit allerdings sind die Probleme entstanden. Die Entlassung Röttgens durch Merkel war rabiat, aber kein Zufall. Nur hat das nicht viel gebracht. Das Chaos in der Bundesregierung treibt die Energiepreise nach oben. Ein Beispiel: Die Befreiung energieintensiver Betriebe von der EEG-Umlage, die im internationalen Wettbewerb stehen. Unter Rot-Grün waren ursprünglich rund 400 Betriebe befreit. Heute sind es bereits doppelt so viele und für 2013 haben sogar über 2.000 Unternehmen einen Antrag auf Befreiung gestellt. Schwarz-Gelb hat ein industriepolitisch sinnvolles und von uns gezielt eingesetztes Instrument massiv ausgeweitet, überdehnt und diskreditiert. Viele Unternehmen nehmen diese Ausnahmen heute zu Unrecht in Anspruch. Weder sind sie energieintensiv, noch stehen sie im internationalen Wettbewerb. In den Medien kursieren täglich die absurdesten Beispiele – von Bäckereien bis zu Golfplätzen. Solche mit der Gießkanne breit ausgeteilten Subventionen lassen die EEG-Umlage erheblich steigen. Sie tragen zur Verteuerung für den privaten Verbraucher bei. Darunter sind Menschen mit ge-

ringem Einkommen besonders verwundbar. Für sie sind die prognostizierten 60 Euro mehr im Jahr kein Pappenstiel. Die Angst vor Überlastung wächst.

Merkel hat darauf bei einer CDU-Veranstaltung am Wochenende nur eiskalt geantwortet: „no risk, no fun!“ – Merkels Spaß an einem Strompreissisiko, das sie selbst heraufbeschworen hat, wird kaum jemand mitempfinden, der betroffen ist. Nicht die deutsche Industrie, die für Hunderttausende hochwertiger Arbeitsplätze steht. Nicht die Arbeitnehmer, die auf jeden Euro achten müssen. Wir sagen: Strom darf kein Luxusgut werden, nur weil sich eine Kanzlerin den Luxus der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortungslosigkeit leistet!

Bundesregierung bleibt energiepolitisch unbelehrbar

Schwarz-Gelb ist energiepolitisch unbelehrbar. Das galt schon zu Oppositionszeiten, als CDU, CSU und FDP immer wieder versprachen, den Atomkonsens aufzukündigen und den Atomausstieg rückgängig zu machen. Und es gilt seit drei Jahren in verschärfter Weise. Die Regierung Merkel begreift nicht, dass das Qualitätssiegel der deutschen Energiepolitik immer die Verlässlichkeit, die Planungssicherheit und die vorausschauende Investitionstätigkeit war. Wer regierungsamtlich immer neues Chaos anrichtet, der zerstört immer neu das Vertrauen, das für langfristige Investitionen erforderlich ist. So bleibt unklar, wo die Kraftwerke sind, die Reservekapazitäten vorhalten. So wurden Investitionen in Stromspeicher verschleppt. So wurde der Netzausbau verschleppt. So gerät die Netzanbindung von Offshore-Windanlagen in Gefahr. Und am Ende wird jetzt auch die Haftung für dieses Risiko durch eine neue Umlage auf die Verbraucher abgewälzt. Wir brauchen eine solide Ordnung des Strommarktes. Der Netzausbau muss mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien synchronisiert werden, und bei einem hohen und wachsenden Anteil der Erneuerbaren an der Energieversorgung müssen sie auch einen entsprechenden Beitrag zur Netzstabilität leisten. Wir müssen die Frage nach den notwendigen Reservekapazitäten beantworten. Wir müssen die unausgeschöpften Chancen, durch Effizienzgewinne Kosten zu senken, wieder stärker nutzen und entsprechende Investitionen auf den Weg bringen. Das ist der Weg in die Zukunft! Die Erneuerbaren zu verteufeln und ihren Ausbau fanta-

sielos lahmzulegen, wie Schwarz-Gelb es will, das ist der Weg zurück in die Vergangenheit.

Europa – neues Wachstum und Industriepolitik müssen auf die Agenda

Zum Europäischen Rat in dieser Woche sehen wir ein leider vertrautes Bild: Längst ist doch klar – die IWF-Chefin Lagarde hat es ausgesprochen –, dass Griechenland in der Rezessions-Schulden-Spirale steckt und den im letzten Rettungspaket zugrunde gelegten Pfad finanzieller Gesundung nicht fristgemäß erreichen kann; längst ist auch klar, dass Spanien sein Bankenproblem und die rezessionsbedingt ausfallenden Privatschulden nicht im Griff hat. Die Regierung Merkel aber windet sich, statt die Wahrheit auszusprechen. Das gilt auch für die Rolle der EZB, die angekündigt hat, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen. Zu keiner dieser brennenden Fragen gibt Merkel eine Antwort. In keiner ihrer Regierungserklärungen von diesem Jahr hat sie die EZB auch nur mit einem Wort erwähnt! Uns ist seit langem klar, dass Hilfskredite zwar nötig sind, aber allenfalls Zeit kaufen, um die Probleme der Eurozone an der Wurzel zu packen. Wenn wie heute jeder Vierte in den Krisenländern arbeitslos ist und jeder zweite Jugendliche keine Perspektive auf einen Job hat, dann ist mit der Krisenpolitik in den letzten drei Jahren etwas furchtbar schief gegangen. Deshalb haben wir bei den Verhandlungen über den Fiskalpakt im Juni gegen den Widerstand der schwarz-gelben Koalition durchgesetzt, nicht mehr abzuwarten, sondern bei der Finanztransaktionssteuer gemeinsam mit anderen gleichgesinnten Euroländern voranzugehen. Sie hilft, das Verhältnis zwischen aufgeblasenen Finanzmärkten und notleidender Realwirtschaft in eine neue Balance zu bringen. Mit dem Aufkommen dieser Steuer können wir höhere Investitionen in neue Wertschöpfung und Beschäftigung finanzieren. Der Kurswechsel zu dieser Investitionsstrategie gehört jetzt auf die Agenda. Wir haben im Juni einen Wachstums- und Beschäftigungspakt für Europa auf die Tagesordnung gesetzt. Dass auf dem EU-Gipfel in dieser Woche erstmals prominent das Thema „Industriepolitik“ steht, hat mit unserer Beharrlichkeit zu tun.

Europäisches Industrieforum der SPD-Bundestagsfraktion

Am Samstag dieser Woche findet das hochrangig besetzte „Europäische Industrieforum“ der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen

Bundestag statt. Mit dem französischen Finanzminister Pierre Moscovici, der bei uns sein wird, haben wir einen Vorstoß für eine europäische „Allianz zur industriellen Erneuerung“ verabredet. Wir sagen: Rettungsschirme sind notwendig. Aber sie nützen auf Dauer nichts, wenn Europas Wirtschaft und Industrie nicht auf die Beine kommen. Vor zehn Jahren haben wir Deutschland aus einer Krise geholt. Mit Strukturreformen und mit Investitionen in die industrielle Zukunft unseres Landes. Unsere gemeinsame Aufgabe in Europa ist heute ein Turnaround für unseren gesamten Kontinent – mit geregelten Staatsfinanzen, gesunden Finanzmärkten, einer modernen Wirtschaft und starken Industrie.

16.10.2010

SPD Bundestagsfraktion

Peer Steinbrück attackiert Merkel bei Aussprache

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat an diesem Donnerstag eine Regierungserklärung zum bevorstehenden EU-Gipfel abgegeben. Darin versuchte sie, ihre Europapolitik zu erklären und sagte, Griechenland solle im Euro bleiben. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück eröffnete die Aussprache und warf der Kanzlerin einseitige, zögernde Krisenpolitik vor. Von einer historischen Europa-Politik sei sie weit entfernt.

Steinbrück begann seine Rede mit einem Dank an das Nobelpreiskomitee, dafür, dass die EU den Friedensnobelpreis verliehen bekommt. „Wir freuen uns darüber; die Entscheidung zeigt, dass Europa mehr ist als ein Wechselbalg der Ratingagenturen“, sagte Steinbrück.

Er verwies auf das „Zivilisationsprojekt Europa“ und postulierte, Deutschland habe nach 60 Jahren Frieden eine besondere Verantwortung – schließlich hätten die europäischen Nachbarn Deutschland trotz dessen Verbrechen den Weg in die europäische Einheit geebnet. Steinbrück: „Was Europa zu bieten hat, ist das Erbe der Aufklärung“. Diese historische Leistung des Kontinents, der europäischen Gemeinschaft hätte Merkel laut Steinbrück schon vor zwei Jahren erwähnen müssen. Die SPD-Fraktion habe immer davor gewarnt, Europa nur auf die ökonomische Dimension zu verkürzen. „Ihr Kleinmut wird Europa nicht gerecht“, sagte

Steinbrück in Richtung Kanzlerin. Merkel müsse den Bürgerinnen und Bürgern endlich sagen, dass Deutschland für Europa auch künftig investieren müsse. „Das ist Ihre Pflicht, das endlich zu sagen, Frau Merkel!“

Steinbrück warnte vor einem Austritt Griechenlands, denn breche ein Stein aus dem europäischen Haus, dann wackle das ganze Fundament. Merkels Leute dagegen hätten gegen Griechenland gemobbt – mit Merkels Segen. Sie habe nicht interveniert, als Döring, Söder, Brüderle, Rösler und Döring gegen Griechenland hetzten.

Merkel ist eine Getriebene

Vor kurzem, so Steinbrück, habe Angela Merkel Altbundeskanzler Helmut Kohl geehrt. „Weder Helmut Kohl noch ein anderer Ihrer Vorgänger hätte zugelassen, einen europäischen Nachbarn für innenpolitische Händel zu missbrauchen. Sie sind eine Getriebene!“ Merkel und Ihre Regierung vollzogen permanent 180-Grad-Wendungen.

Selten sei Deutschland in Europa so isoliert gewesen wie heute, „das wird noch lange nach Ihrer Amtszeit spürbar sein“, konstatierte Steinbrück und fügte hinzu, Merkel analysiere und therapiere immer nur einseitig. Damit spielte er darauf an, dass die Koalition den krisengeschüttelten Ländern lediglich Sparprogramme aufzwingen wollte, aber null Wachstumsimpulse. Steinbrück: „Not frisst Stabilität“. Es gehe, so der Sozialdemokrat, vielmehr darum, „den Kern der sozialen Marktwirtschaft auf Europa zu übertragen. In Europa muss es gerecht zugehen“.

Freilich sei eine europäische Bankenunion sinnvoll, auch ein Bankenfonds. Doch – „der muss dann aber auch von den Banken finanziert werden“.

Steinbrück warnte davor, dass es in Europa unter Merkel nur noch eine „Vergipfelung“ gebe, die Demokratie aber außen vor bleibe. Europa müsse ein inneres Gleichgewicht bekommen. Steinbrück: „Es ist an Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, diesen Weg fortzusetzen, Ihre Politik der letzten zwei Jahre und auch Ihre Rede heute ist dem nicht gerecht geworden“.

In einem Entschließungsantrag (Drs. 17/110-03) formuliert die SPD: Die SPD-Fraktion erwartet von der Bundesregierung, dass sie die Ziele des Wachstums- und Beschäftigungspaktes für Europa entschlossen und kontinu-

ierlich vorantreibt. Den Ankündigungen müssen – auch über den Pakt hinaus - endlich Taten folgen. Neben soliden öffentlichen Finanzen brauchen die notleidenden Staaten vor allem Wachstumsimpulse, um erfolgreich ihre Haushalte zu konsolidieren. Die einseitig auf Ausgabenkürzungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Haushaltskonsolidierung wird die notleidenden Staaten noch tiefer in die Rezession reißen.

Die Regierung soll dem Antrag nach dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa höchste politische Priorität beimessen und eine mittel- und langfristige nachhaltige Strategie zur Bekämpfung und Prävention von Jugendarbeitslosigkeit entwickeln.

Der Antrag wurde unmittelbar nach der Aussprache von der schwarz-gelben Mehrheit im Parlament abgelehnt.

18.10.2012

SPD Bundestagsfraktion



Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Evelyne Gebhardt:

Ehegüterrecht – EU am Scheidungswege

Eingetragene Partnerschaften bei Scheidungen nicht diskriminieren

Die Abstimmung im Innenausschuss des Europäischen Parlaments zum europäischen Ehegüterrecht am Montagabend endete zur vollen Zufriedenheit der Berichterstatterin und SPD-Europaabgeordneten **Evelyne Gebhardt**. In ihrer Stellungnahme fordert die Sozialdemokratin mehr Rechtssicherheit für bi-nationale Paare bei der Auseinandersetzung um das gemeinsame Vermögen der Ehepartner, wenn

diese sich scheiden lassen. Auch sollen die Bürger und Bürgerinnen der EU zukünftig mehr Auswahlmöglichkeiten erhalten, nach welchem anzuwendenden Recht ihre Scheidung vollzogen wird.

Vor allem setzte sich **Evelyne Gebhardt** aber für eine rechtliche Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften ein: „Die überwiegende Mehrheit eingetragener Partnerschaften sind gleichgeschlechtlich“, so die Sozialdemokratin. „Deshalb ist der Vorschlag der Europäischen Kommission, der getrennte Gesetzesvorhaben für Ehen und eingetragene Partnerschaften vorsieht, schlichtweg diskriminierend.“ Tatsächlich werden eingetragene Partnerschaften nach dem Vorschlag der EU-Kommission weit weniger Möglichkeiten eingeräumt, ihr anwendbares Recht oder ihren Gerichtsstand zu wählen.

Am Montag folgten die Abgeordneten des Innenausschusses den Forderungen von **Evelyne Gebhardt** nach mehr Gleichstellung. Dennoch weiß die Sozialdemokratin, dass der Weg zu einem einheitlichen europäischen Güterrechtsgesetz auch weiterhin steinig bleibt: „Beim Ehegüterrecht scheiden sich nun mal die Geister“, äußerte **Evelyne Gebhardt** Bedenken. „Konservative Kräfte im Ministerrat sowie im Parlament verweigern gleichgeschlechtlichen Partnerschaften noch immer die Anerkennung und nutzen jede Gelegenheit, sie gegenüber der traditionellen Ehe herabzusetzen.“

Mit Spannung werden deshalb die Abstimmungen im federführenden Rechtsausschuss erwartet, bevor das Plenum des Europäischen Parlaments über die neuen Regelungen zum Ehegüterrecht abstimmt. Ein deutliches Signal an den Ministerrat ist wichtig, da das Parlament bei der Gesetzgebung lediglich konsultativ beteiligt ist.

Brüssel, 04.09. 2012 Für weitere Informationen:
Abgeordnetenbüro Evelyne Gebhardt, MdEP
und Algara Stenzel (Pressesprecherin)

Peter SIMON:

"Blockadehaltung der Bundesregierung zwingt EZB zum Handeln"

EZB-Rat beschließt unbegrenzte Ankäufe von Staatsanleihen

"Wenn Bundeskanzlerin Merkel ihrer Ankündigung, alles für die Rettung des Euro tun zu wollen, wieder einmal keine Taten folgen lässt, bleibt der Europäischen Zentralbank in der jetzigen Situation gar nichts anderes übrig, als erneut in die Bresche zu springen, um eine weitere Eskalation der Krise zu verhindern", so der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** zum angekündigten Anleihenkaufprogramm der EZB.

"Jeglichen konstruktiven Ansatz wie z. B. einen europäischen Schuldentilgungsfonds, die Einführung von Eurobonds oder eine Banklizenz für den Rettungsschirm ESM einfach nur zu blockieren, ist kein wirkliches Krisenmanagement. Die Bundesregierung muss endlich Farbe bekennen und eine klare und nachhaltige Lösungsstrategie präsentieren", fordert das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses. "Sonst muss die EZB auch in Zukunft immer wieder die heißen Eisen für die Regierungen der Mitgliedstaaten aus dem Feuer holen", so **Peter SIMON** weiter.

"Mit den unbegrenzten Ankäufen von Staatsanleihen zeigt die EZB Entschlossenheit bei der Verteidigung der Eurozone. Insgeheim ist Merkel der EZB dafür wahrscheinlich sogar noch dankbar, schließlich bügelt die EZB dadurch doch ihre Versäumnisse aus", betont **Peter SIMON**.

Brüssel, 07.09.2012

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Grünes Licht für Europa"

Bundesverfassungsgericht billigt ESM

Der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** begrüßt die heutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Mitwirkung Deutschlands am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unter Vorbehalt zu genehmigen: "Für den Fortbestand des Euro ist diese positive Entscheidung in der jetzigen Situation ein enorm wichtiger Schritt, da der ESM jetzt in Kraft treten kann. Die Folgen einer Ablehnung wären unvorhersehbar gewesen."

Allerdings ist die Bundesregierung nach Auffassung des Mitglieds des Wirtschafts- und Währungsausschusses gefordert, die parlamentarischen Beteiligungsrechte künftig stärker zu achten, als dies in der Vergangenheit wiederholt der Fall war. "Bundestag und Europapar-

lament sind die Orte demokratischer Mitwirkung und Kontrolle. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung dies endlich akzeptiert und nicht wie bisher regelmäßig versucht, die Parlamentsbeteiligung so gering wie möglich ausfallen zu lassen", fordert **Peter SIMON**.

Straßburg, 12.09.2012

Für weitere Informationen: Büro Peter Simon, MdEP

Gebhardt:

Friedensnobelpreis geht verdientermaßen an die EU

Europäische Union steht als Garantin für mehr als 60 Jahre Frieden in Europa

Am heutigen Freitag verkündete das Nobelpreis-Komitee in Oslo, dass der diesjährige Friedensnobelpreis der Europäischen Union verliehen wird. Begründet wird diese höchste Auszeichnung mit der Tatsache, dass die EU die friedliche Entwicklung in Europa erst ermöglicht hat.

"Der Friedensnobelpreis bedeutet auch für mich Ansporn und Aufmunterung zugleich", freute sich die Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** aus Mulfingen, als sie die Nachricht von der Verleihung erhielt. "Ich sehe darin die Anerkennung für eine beispiellose Geschichte des Zusammenwachsens von ehemals verfeindeten Völkern. Derzeit wird die Europäische Union zu Unrecht nur auf Finanz- und Wirtschaftspolitik reduziert. Sie ist nämlich viel mehr: Ein Europa der Bürger und Bürgerinnen für das es sich einzusetzen lohnt."

Gebhardt sieht in der Verleihung des Friedensnobelpreises auch einen Auftrag Europas als friedliches Beispiel für andere Regionen in der Welt voranzugehen. "Außerhalb der Europäischen Union werde ich häufig von Menschen darauf angesprochen, wie fantastisch sie es finden, dass die Menschen in Europa freundschaftlich verbunden und in Frieden leben können. Diese Errungenschaft wird in unserem nationalen politischen Alltag leider allzu häufig übersehen."

Die Hohenloher Sozialdemokratin jedenfalls blickt hoffnungsvoll in die europäische Zukunft: "Was als Friedensprojekt begann muss

jetzt zu einer politischen Union weiterentwickelt werden."

Künzelsau, den 12. Oktober 2012

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Land Baden-Württemberg

Landesregierung muss sich für bezahlbare Energie stark machen



Preissteigerungen nicht an die Endverbraucher/innen weiter geben!

Der Anstieg der Energiepreise trifft vor allem einkommensschwache Haushalte besonders stark. Hier sind dringend politische Lösungen gefordert, um die breite Akzeptanz der Energiewende nicht zu gefährden und Strom nicht zu einem Luxusgut werden zu lassen.

Der Sprecherkreis der DL 21, der Vertretung der Linken in der SPD in Baden-Württemberg sieht gerade jetzt die Chance dieser Entwicklung in Baden-Württemberg entgegenzuwirken und sich für eine sozial gerechte Tarifgestaltung beim drittgrößten Energieunternehmen Deutschlands EnBW stark zu machen. Das Land Baden-Württemberg sowie die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke, die sich in ihrem Gründungsauftrag für eine flächendeckende, allgemeine und möglichst billige Elektrizitätsversorgung für alle aussprechen, sind die beiden Hauptanteilseigner des Energiekonzerns. Sie können Einfluss darauf nehmen, dass die Preissteigerungen aus der Anhebung der EEG-Umlage nicht an die Endverbraucher/innen weiter gegeben werden.

Die SPD-Linken in Baden-Württemberg fordern insbesondere Minister Franz Untersteller auf, den Einfluss der Landesregierung auf die Tarifgestaltung geltend zu machen. Das Land Baden-Württemberg muss sich nicht der Hinauszögerungstaktik der schwarz-gelben Bundesregierung ergeben, sondern kann selbst Einfluss nehmen und die Lasten der Energiewende gerecht verteilen.

16.10.2012
Württemberg

Sprecherkreis DL 21 Baden-
Kontakt: Hilde Mattheis, MdB

MdB Gerster:

„Ramsauer stoppt den Ausbau der Bundesstraßen in BW“

MdL Rivoir:

„MdB Rief und MdL Schneider operieren mit falschen Zahlen“

Als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnen die SPD-Abgeordneten **Martin Gerster** und **Martin Rivoir** die Zahlen, mit denen die Bi-beracher CDU-Abgeordneten Rief und Schneider im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bundesstraßen operieren. Noch nie hätte das Land vom Bund 500 Mio. Euro bekommen, in den besten Zeiten seien gerade mal 280 Mio. Euro geflossen. Rivoir: „Die genannten Zahlen sind völlig aus der Luft gegriffen“. Dies bestätigte auch der baden-württembergische Verkehrsminister Hermann bei einer Regierungsbefragung in Stuttgart am Mittwoch dieser Woche (Protokoll anbei).

Martin Gerster teilt mit, dass Verkehrsminister Ramsauer den Betrag für das Land nun weiter von 130 Mio. jährlich auf 65 Mio. Euro gekürzt habe. MdB Martin Gerster: „Ramsauer schreibt in einem Brief an Hermann, dass bis auf weiteres in Baden-Württemberg keine neuen Bundesstraßen mehr gebaut werden können. Wenn Rief und Schneider nun der grün-roten Landesregierung versuchen dafür die Schuld zu geben, so ist dies ein durchschaubares Ablenkmanöver von eigenen Versagen in Berlin.“ (Brief anbei).

MdB Martin Gerster und MdL Martin Rivoir sind sich einig in der Einschätzung, dass diese dramatische Kürzungen der Bundesmittel nicht hinzunehmen sind. Es müssten dann laufende Baustellen eingestellt werden, an einen Neubeginn von Baumaßnahmen nach der Priorisierungsliste sei überhaupt nicht mehr zu denken. Auch wichtige Projekte wie die Ortsumfahrung Unlingen seien durch diese Kürzung auf Jahre hin nicht finanzierbar. Beide Abgeordnete ziehen als Fazit, dass der Bund dringend mehr Gelder für den Straßenbau nach Baden-Württemberg geben müsse.

MdB Gerster: „Die Kollegen Rief und Schneider sollten ihre Energie in Berlin für dieses Ziel verwenden und nicht hier im Wahlkreis Volksverdummung betreiben“. MdL Rivoir: „Jeder Euro, den wir bekommen wird sofort

verbaut, da gibt es keinerlei ideologische Einschränkungen“.

12. Oktober 2012

Martin Rivoir, MdL, Stv. Fraktionsvorsitzender

Brief von Dr. Peter Ramsauer, MdB – Bundesminister an:

Herrn Minister
Winfried Hermann
Ministerium für Verkehr
und Infrastruktur
Hauptstätter Straße 67
70178 Stuttgart

Betreff: Bundesfernstraßenbau in Baden-Württemberg; - Priorisierung von Bundesfernstraßen

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.06.2012
Aktenzeichen: StB 22/72131.1/00/1726026
Datum: Berlin, 03. AUG. 2012

Sehr geehrter Herr Kollege,
Werter Herr Hermann (handchriftlich)

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie die Priorisierung der 20 bestandskräftig planfestgestellten Bundesfernstraßenobjekte in Baden-Württemberg übersenden.

Die von Ihnen vorgenommene Priorisierung der o. g. Bundesfernstraßenmaßnahmen begrüße ich unabhängig von der eigenen Bewertung zunächst, da es gemäß der grundgesetzlichen Regelung den Ländern im Rahmen der Auftragsverwaltung obliegt, dem Bund zum Bau anstehende Maßnahmen priorisierend vorzuschlagen.

Soweit sich zukünftig Möglichkeiten für Baubeginne von Bundesfernstraßenprojekten in Baden-Württemberg ergeben, wird mein Haus über die Projektauswahl in Abstimmung mit Ihrem Haus entscheiden, wobei die von Ihnen erstellte Prioritätenliste in die Entscheidungsfindung einfließen wird.

Unabhängig vom Ergebnis der Priorisierung möchte ich jedoch darauf hinweisen, dass ich - trotz der Mittelverstärkung durch das Infrastrukturbeschleunigungsprogramm (IBP) - derzeit keine Spielräume für Neubeginne von Bedarfsplanmaßnahmen in Baden-Württemberg sehe. Neben der Vielzahl der insbesondere im Rahmen der Konjunkturprogramme begonnenen Maßnahmen ist dies in erster Linie

den z. T. erheblichen Kostensteigerungen bei Bundesfernstraßenmaßnahmen in Baden-Württemberg geschuldet.

Diese Sichtweise steht auch im Einklang mit der Pressemitteilung Ihres Hauses vom 18.06.2012, wonach allein für die Fertigstellung der gegenwärtig in Bau befindlichen Bundesfernstraßen noch rund 900 Mio. € benötigt werden. Nach der neuen Finanzplanung stehen dem Land Baden-Württemberg für den Zeitraum 2012 bis 2016 jedoch bisher lediglich rund 450 Mio. € für Bedarfsplanmaßnahmen zur Verfügung, so dass zur Realisierung der laufenden Projekte bis zum Jahr 2016 Umschichtungen aus anderen Ausgabebereichen erforderlich wären. Insofern kann ich die von Ihnen vorgeschlagene Zeitschiene, in der Baubeginne von 5 Maßnahmen im Jahr 2014 vorgesehen sind, bei der derzeitigen Finanzplanung nicht bestätigen.

Daher muss es unser gemeinsames Interesse sein, die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur und insbesondere für den Bundesfernstraßenbau zu verstärken.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr gez. Ramsauer (poststelle@bmvs.bund.de)

Das im o. g. Text erwähnte Protokoll befindet sich im Mailanhang dieser Ausgabe

Die Redaktion

Extra Geld für unsinnige Leistungen?

SPD will den Verkauf von IGeL-Leistungen beim Arzt einschränken

Der Gang zum Arzt kann teuer werden. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur die Praxisgebühr entrichten, sondern bekommen oftmals auch noch zusätzliche Leistungen aufgedrängt, für die sie extra bezahlen müssen. Der Verkauf dieser sogenannten IGeL-Leistungen steigt stetig an, obwohl der gesundheitliche Nutzen der meisten Leistungen nicht nachgewiesen ist. „Damit muss endlich Schluss sein“, sagt die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**, die auch Mitglied des Gesundheitsausschusses ist, „Wir als SPD wollen den Verkauf von IGeL-Leistungen so einschränken, dass Patientinnen und Patienten nicht für Leis-

tungen privat zahlen, die im Prinzip unnötig sind. Der Nutzen häufig angebotener IGeL-Leistungen wie zum Beispiel der Augendruckmessung ist nicht nachgewiesen.“

Die SPD hat heute einen Antrag in den Gesundheitsausschuss eingebracht, der umfassende Maßnahmen fordert, um Patientinnen und Patienten davor zu schützen, dass ihnen gegen ihren Willen und ohne umfassende Beratung Leistungen aufgedrängt werden, die sie in Wirklichkeit gar nicht benötigen. Die SPD will, dass IGeL-Leistungen von Ärztinnen und Ärzten nicht am gleichen Tag wie normale gesetzliche Krankenversicherungsleistungen abgerechnet werden können. Damit haben Patientinnen und Patienten die Zeit, sich ein IGeL Angebot ohne zeitlichen Druck zu überdenken. In dem eingebrachten Antrag fordert die SPD darüber hinaus, dass Patientinnen und Patienten umfassend beraten und aufgeklärt werden und dass ein schriftlicher Behandlungsvertrag abgeschlossen werden muss: „Wir wollen, dass Patientinnen und Patienten besser aufgeklärt werden“, sagt Hilde Mattheis abschließend, „der Gang zum Arzt darf für die Menschen nicht zur finanziellen Falle werden.“

Ulm, 18. 10. 2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Das Wahlergebnis bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl

Nils Schmid, der SPD-Landesvorsitzende, lässt sich nicht irritieren. 15, 1 % für die Schwäbisch Haller Bürgermeisterin Bettina Wilhelm, die von der SPD unterstützt wurde: das ist für ihn nur der Aufbruch zu neuen Höhen, zur Bundestagswahl nächstes Jahr, zur Kommunal- und Europawahl 2014, zur Landtagswahl im März 2016. Und in acht Jahren stellt die SPD sowieso den Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt.

Denn die SPD kann in Großstädten punkten, das habe man in Mannheim gesehen, das werde man im Dezember in Karlsruhe (mit Frank Mentrup) erleben. Zwischen den Grünen und der CDU zerrieben werden? Iwooo, das fällt völlig aus dem Rahmen jeder Phantasie! Die Stuttgarter SPD, so Nils Schmid, wird sich über die Chancengerechtigkeit in der Bildung, über die Fragen von guter Arbeit und auch den Einsatz für den Industriestandort Stuttgart und die Arbeitsplätze, die da dranhängen, weiter profilieren, so der SPD-Landeschef.

2009, bei der Kommunalwahl, stellten die Grünen erstmals die stärkste Fraktion im Gemeinderat in der Stadt Stuttgart, mit 16 Sitzen, vor der CDU mit 15 Sitzen und der SPD mit noch 10 Sitzen. Für etliche Sozialdemokraten in der Stuttgarter SPD (darunter manche Ortsvereinsvorsitzende) ist klar: Da steckt natürlich der leidige Nachhall der Stuttgart-21-Debatte dahinter. Aber nicht nur das: Die Profillosigkeit der Partei in der Einschätzung der Wähler/innen zeigt sich auch auf einem anderen Sektor, weshalb man nicht mehr weiß, warum man eigentlich noch die SPD wählen soll. Der frühere Landtagsabgeordnete Rolf Gaßmann sieht die Ursache in etlichen Beschlüssen der SPD-Gemeinderatsfraktion in den letzten Jahren, bei denen man zusammen mit dem bürgerlichen Lager in Stuttgart Sozialabbau betrieben hat.

Da ist zunächst einmal die Wohnungsbaupolitik. Ohne Not, so Gaßmann, hätten die SPD-Stadträte das Thema bezahlbaren Wohnraum aufgegeben. Die Stuttgarter SPD-Kommunalpolitiker/innen haben zudem Mieterhöhungen von bis zu 60 Prozent bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWSG zugestimmt. Diesen Vertrauensverlust konnte Bettina Wilhelm trotz ihres persönlich sehr engagierten Wahlkampfes nicht wett machen. Ein anderes Thema für junge Familien sind die kommunalen Gebühren, gerade die Kindergartengebühren. Im Wahlprogramm der Landes-SPD steht drin, dass sich die Partei für die Gebührenfreiheit wenigstens im 3. Kindergartenjahr nach dem Beispiel von Rheinland-Pfalz und Saarland einsetzt. Was tut die Partei im Gemeinderat? Sie stimmt ohne ausführlichere Erklärung in der Öffentlichkeit dem Antrag der Stadtverwaltung zur erneuten Erhöhung der Kindergartengebühren zu. Der SPD-Ortsverein Degerloch hat in einem Wutbrief den SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, den Beschluss des Landesbank-Aufsichtsrates zum Verkauf etlicher Mietwohnungen rückgängig zu machen und den Mieterschutz nicht den Kapitalinteressen zu opfern.

Übrigens: Nicht nur in Stuttgart haben in diesen Tagen Bürgermeisterkandidaten, von der SPD unterstützt, ihre Wahl verloren. In Konstanz, in Biberach und in Langenargen. Und noch eins: Hätte im Jahr 1996 Ulrich Maurer, der damalige SPD-Landesvorsitzende, nicht zuerst Rainer Brechtken und dann im 2. Wahlgang auch noch den Pforzheimer Schultes Joachim Becker (beide SPD) ins Rennen um die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart geschickt,

sondern die Wahl von Rezzo Schlauch (Grüne) unterstützt, dann wäre den Stuttgartern der OB Schuster(CDU) und das Stuttgart-21-Bahnhof-Debakel in den späteren Jahren wohl erspart geblieben!

Wie sagt Nils Schmid: „Wichtig ist aber, dass wir in der Stadt (Stuttgart) eine fortschrittliche Politik machen können.“ Dass jetzt nach der Stichwahl mit dem grünen Franken Fritz Kuhn jetzt zum ersten Mal ein Grüner das Rathaus in einer deutschen Landeshauptstadt präsidiert, ist immerhin ein politischer Fortschritt nach der jahrzehntelangen Vorherrschaft christdemokratischer Oberbürgermeister in Stuttgart. Gut ist es, dass sich Kuhn gleich nach seiner Amtsübernahme am 7. Januar 2013 mit dem dringend notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung U3 und KITA befassen will. Und beim Bahnhofprojekt Stuttgart 21 will Kuhn als künftiges Stadtoberhaupt der Bahn keine weiteren städtischen Mittel mehr bewilligen, nachdem jetzt Fachleute überraschend ein fehlendes Brandschutzkonzept im tief gelegten Hauptbahnhof vermisst haben. Das alles ändert aber nichts daran, dass man seitens der SPD in Stadt und Land vollkommen falsch taktiert hat im Jahr 1996, was uns viele Irrationen in den letzten zwei bis drei Jahren beim Thema Stuttgart 21 zugemutet hat. Unter einem grünen Oberbürgermeister Rezzo Schlauch wäre es wohl dazu kaum gekommen. Die Stuttgarter SPD muss jetzt die Konsequenzen ausbaden.

W. Bernhard

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



**SPD Kluffern Mitgliederversammlung,
Do. 11.10.2012:**

Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und die Nebeneinkünfte

Einhellig wurde Peer Steinbrücks Nominierung zum Kanzlerkandidaten der SPD von den Klufferner Sozialdemokraten begrüßt. Er sei der beste Garant für eine erfolgreiche Bundestags-

wahl. Mit Spannung sehen die Klufturner den Beratungen des Rechtsausschusses des Bundestags am 17. Oktober - also in dieser Woche - entgegen, der über die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Abgeordnetenbestechung aus dem Jahr 2003 berät. Abgeordnetenbestechung muss auch in Deutschland ein Straftatbestand werden. Schwarz-Gelb und allen voran Siegfried Kauder blockieren bis jetzt diese Konvention, die in Europa alle Staaten außer Deutschland und Tschechien, und von den G20 Staaten alle außer Saudi-Arabien und Japan ratifiziert haben.

Einen Tag später, am 18. Oktober, müssen die Abgeordneten von Union und FDP, die Peer Steinbrück angegriffen haben, im Ältestenrat des Bundestags schon wieder Farbe bekennen. Dann geht es um die Offenlegung von Nebeneinkünften der Abgeordneten. Auch hier blockiert Schwarz-Gelb seit langem die von der SPD geforderte Verschärfung der Vorschriften. Die Klufturner Sozialdemokraten hoffen, dass das Getöse um Peer Steinbrück ausreichend Druck auf Union und FDP aufgebaut hat, um diese auf den rechten Weg zu bringen. Um diesen Druck zu erhöhen, gibt es im Internet zwei Petitionen bei "campact" und "avaaz", die insgesamt bereits von weit mehr als 130.000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet wurden.

15.10.2012

Pressereferent Bernd Caesar

Ortsumfahrung Klufturn:

Dieter Hornung für Konfrontation statt Schlichtung

Während sich Landrat Lothar Wölfl in Sachen Ortsumfahrung Klufturn K7743 neu für ein Mediationsverfahren (das neue Wort für Schlichtung) ohne vorherige Festlegung der Trasse eingesetzt habe, hätte Kreisrat Dieter Hornung (CDU) große Bedenken gegenüber diesem Verfahren vorgebracht, berichtete Bernd Caesar vom Vorstand der Klufturner SPD von seinen Beobachtungen auf der vergangenen Kreistagssitzung. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die geplante Umweltverträglichkeitsstudie und die Mediation ganz im Sinne des Landrates zusammenzufassen, um zu vermeiden, dass bereits Fakten geschaffen wurden, ehe man mit den Betroffenen in Gespräche zur Beseitigung der Konflikte einsteigt, wurde von CDU und Freien Wähler abgelehnt.

Die Klufturner Sozialdemokraten formulierten zwei klare Forderungen an eine sinnvolle Mediation: 1. Es muss ein Budget zur Bestellung eigener Gutachter geben. 2. Es muss ergebnisoffen über Trassen verhandelt werden.

Den Haus- und Hof-Gutachter Burchard Stocks, der bisher bei allen großen öffentlichen Vorhaben zum Zuge kam und der sich bereits mit vielen Äußerungen eindeutig auf die Klufturner bahnparallele Trasse festgelegt hat, lehnen die Klufturner Sozialdemokraten als befangen ab. Und sie erwarten von Kreisrat Hornung, dass er das Urteil des Verwaltungsgerichts zur Genehmigung der B31neu Friedrichshafen West nicht in Frage stellt, in dem es heißt: „Wie der Beklagte (Anm. das Land Baden-Württemberg) ... aufgezeigt hat, ist die Trassierung der K 7743 neu noch völlig offen“ ... „Infrage kommt ... auch eine nicht bahnparallele Trassenführung“. 180.000 € oder 0,9% der Gesamtkosten soll die Mediation kosten, viel Geld meinen die Vertreter von CDU und FWV, sehr wenig sagen die SPDler, könne man doch damit auch Millionen sparen, insbesondere wenn man auf die über 20 Mio. € teure bahnparallele Trasse verzichte. Solange die Finanzierung der Ortsumgehungen Markdorf und Klufturn völlig in den Sternen steht, ist jeder Euro in Planungen ein verschwendeter Euro und ein Fall für den Landesrechnungshof, sowie den Bund der Steuerzahler. Bernd Caesar zitierte schließlich noch Kerstin Mock, Vize-Präsidentin der Südbadischen Landfrauen, die zu Beginn der Kreistagssitzung über den großen Landverbrauch für neue Baugebiete und Ausgleichsflächen, die den Landwirten ihre Lebensgrundlage rauben, Klage führte und sagte: „Es ist grad schade, dass der Herr Gerber (Anm.: *Bürgermeister von Markdorf*) heute nicht da ist.“

15.10.2012

Pressereferent Bernd Caesar

SPD Ortsvereine Friedrichshafen und Klufturn, GR-Fraktion FN:

Der Traum vom billigen Strom

Die Zeiten, in denen wir Deutschen von unerschöpflichen Energiequellen träumten und uns mit dem Einstieg in die Kernenergie fühlten, wie ein Trinker der in eine Schnapsbrennerei einheiratet, sind spätestens seit der Energiekrise in den 1970er Jahren vorbei.

Heute macht uns die Energiewende Monat für Monat unabhängiger von teuren Importen an Öl, Gas, Kohle und Uran. Das Geld bleibt im Land, in den Städten und Kreisen, bei den Handwerkern und Betrieben vor Ort. Bene Müller von SolarComplex aus Singen rechnet vor, dass es selbst in kleinen Gemeinden dabei um Millionenbeträge geht. Dies geschieht in vielen kleinen Schritten, die zusammengenommen einen riesigen Schritt für Deutschland in eine sichere Energiezukunft bedeuten.

Die Kritiker der Energiewende dagegen beschwören bereits die Krise in Deutschland herauf, weil im kommenden Jahr die Umlage für erneuerbare Energien beim Strompreis zu Mehrkosten von rund 1,70 € pro Monat für den einzelnen Bürger führen wird. Zum Vergleich: die wachsende Preise für Heizöl führten zu Mehrkosten von rund 3,80 € pro Monat und dies seit 2009 jedes Jahr¹. Ein Ende ist nicht abzusehen. Nur das Öl geht uns aus. Es heißt, 600.000 Haushalte in Deutschland konnten sich im Jahr 2010 Strom nicht mehr leisten. Offensichtlich lag das aber nicht an den erneuerbaren Energien, denn schon 2006 waren es 800.000 Haushalte, denen der Strom abgedreht wurde. Es fehlt an auskömmlichen Einkommen.

Die Befreiung der energieintensiven Branchen wie der Aluminium-Industrie von der Ökostrom-Umlage hat noch jeder verstanden, es handelte sich um 400 Betriebe. Doch ab 2013 werden Aldi, C&A oder die Geflügelmastanlagen von Wiesenhof von der Umlage befreit, zusammen mit rund 2000 weiteren Betrieben.

Die deutsche Wirtschaft ist trotz höherer Strompreise im Wettbewerb so stark, dass sie weltweit als Vorbild dient. Billigstromland Frankreich, das den Strompreis durch staatliche Subventionen und Reglementierung niedrig hält, kauft uns im Winter Strom ab und das zu traumhaft hohen Preisen von 1,80 € pro kWh.

Die klassischen Monopolisten wie RWE, E.on und Vattenfall setzen sich für teure "offshore" Windkraft ein – ein Versuch, die alte Monopolstellung zu erhalten - und haben dafür sogar höhere Vergütungen von 13 bis 19 Cent pro kWh durchgesetzt. Während Windkraft an Land, weitgehend von Privatleuten und kleine-

ren Unternehmen finanziert, nur rund 9 Cent pro kWh erhält.

Forderungen an die Bundesminister Altmaier und Rösler

- Die von der Bundesregierung beschlossene inflationäre Befreiung von der Ökostrom-Umlage, die zu einem höheren Strompreis für die Bürger führt, muss sofort zurückgenommen werden.
- Die an der Strombörse durch Ökostrom erzielten Preisreduktionen müssen an die Bürger weitergegeben werden.
- Regionale Energieversorger wie die Stadtwerke, die Vielfalt der Stromproduzenten, der Wärmelieferanten und der intelligenten Energieeinsparungen, die Investitionen und Beteiligungen vieler Bürger müssen im Mittelpunkt der Politik stehen. Die Stärke der deutschen Wirtschaft beruht gerade auf dieser Vielfalt und nicht auf der Einfalt weniger Monopolisten.

18.10.2012: Im Namen der SPD Ortsvereine Friedrichshafen und Kluffern sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion
Werner Nuber (SPD Friedrichshafen), Roland Frank (SPD-Fraktion Friedrichshafen) und Bernd Caesar (SPD Kluffern)

Roman-Lesung in Langenargen

„Das Attentat des Herrn Hauber“

Organisiert vom Gemeinearchivar **Andreas Fuchs**, gastierten die beiden Autoren des Romans „**Das Attentat des Herrn Hauber**“ zu einer Lesung mit musikalischen Intermezzos im Schloss Montfort in Langenargen. Mit von der Partie: Der Rorschacher **Vizepräsident der Bodensee-Internationale, Fredi Alder**, und Abgesandte von 3 SPD-Ortsvereinen: Ailingen, Meckenbeuren, Tettngang. Fredi Alder führte nach der Lesung selbst ein längeres Gespräch mit **Heinz Keller, dem in Singen wohnhaften Autor**, dessen Mutter aus der Schweiz stammt. Heinz Keller arbeitete lange im diplomatischen Dienst im Ausland, aber auch im Auswärtigen Amt selber in Bonn und in Berlin. Und hier entdeckte er im Archiv eines Tages eine tausend Blatt-Akte über den „Gestapo-Fall „Hauber“. Er gilt heute als Erfinder der **Kamikaze -Technik**, also der Operation, mit Flugzeugen politisch motivierte Anschläge zu realisieren. Lange vor den Japa-

¹ Annahme: 1200 kWh Strom und 500 l Heizöl pro Person und Jahr in einem Privathaushalt

nen am Ende des 2. Weltkrieges und sehr lange vor El Kaida und ihrem Flugzeug-Anschlag auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001.

Nicht einmal in Langenargen selber hat man von dieser Person gewusst, die nur wenige Jahre in Langenargen gelebt hat, Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre. Die Mutter stammte aus Oberdorf bei Langenargen, der Vater aus einem Ort im bayrischen Landkreis Lindau. Martin Hauber war eines von 11 Kindern und arbeitete in der Friedrichshafener Fahrradfabrik als Techniker, nach dem 2. Weltkrieg hat er noch eine Autowerkstatt in Radolfzell aufgebaut. Er flüchtete kurze Zeit nach der „Machtergreifung“ der Nazis in die nahe Schweiz, wo er zusammen mit einem anderen Exilanten einen sensationellen Plan entwickelte:

ein Flugzeug zu kaufen (Hauber war selber gelernter Pilot), **dieses Flugzeug mit Sprengstoff (spanischen Handgranaten) voll zu stopfen** und dann auf dem Umweg über **den Balkan nach Nürnberg zu fliegen, um dort direkt den Reichsparteitag mit seinem Zentrum, der Rednertribüne, anzusteuern, im Jahr 1938.**

Weit weg von der Umsetzung dieses Attentatsplanes war Martin Hauber gar nicht. Aber diverse Umstände ließen es nicht so weit kommen, dass Hauber hätte Weltgeschichte schreiben können. Hauber musste später einige Jahre im **KZ Dachau** verbringen und auch **Todesmärsche** überleben. Von diesen ganzen Abenteuern von der KZ-Haft ihres Verwandten wusste die Familie Hauber gar nichts, bis sie in Zeitungsartikeln und durch Fotos im Südkurier und in der Schwäbischen Zeitung im Zuge des Erscheinens des Romans im Berliner Rotbuch-Verlag drauf gestoßen worden sind. Bei der **Roman-Lesung in Langenargen** erzählten eine **Nichte von Martin Hauber und ein Neffe** sehr fesselnd-anschaulich von früheren Familien-Erlebnissen mit Martin Hauber, ihrem berühmt gewordenen Onkel. Er ist 18 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges verstorben.

Während Heinz Keller in dem Roman die historisch belegten Fakten in den Schweizer Jahren von Martin Hauber verarbeitete, konstruierte Mitautor Viktor Glass (Augsburg), ein Publizist und erfahrener Roman-Schriftsteller, etliche Fiktionen in das Leben Haubers während seiner Zeit in Langenargen und Friedrichshafen bis zur Flucht über den Bodensee in die Schweiz, etwa jene, dass Hauber **ein SPD-**

Mitglied/stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender in Friedrichshafen gewesen sei und dass ihm die Flucht nur durch die aktive Mithilfe von Schweizer Genossen in der „**Sozialistischen Bodensee-Internationale**“ gelungen sei. Eine brillante Flugblatt-Aktion auf einer Baustelle in der Häfler Innenstadt, die dem örtlichen NDSAP-Reichstagsabgeordneten Engelmann etliche Stimmen bei der **Reichstagswahl 1932** kostet, bringt Hauber dann bald in unangenehme **Gestapo-Verhöre**, aber noch nicht in Haft.



Victor Glass und Heinz Keller Foto: privat
Langenargen selber, der Ausgangspunkt im Leben von Martin Hauber, war nach den Schilderungen von Andreas Fuchs zu Beginn des 20. Jahrhunderts geprägt von einer sehr liberalen Einstellung der Menschen am Ort. Hier entstand eine Evangelische Kirche, wo noch lange nachher im katholisch-schwarzen Umland so etwas noch nicht einmal zu erträumen gewagt wurde. Und die ökumenische Zusammenarbeit der Konfessionen war hier ebenfalls schon Realität. **In Langenargen ist schon kurz nach dem 1. Weltkrieg ein SPD-Ortsverein gegründet worden, am Dreikönigstag 1919, also nicht in einer großen Industriestadt, sondern in einem Fischerdorf am Bodensee.** Und die Nazis holten in Langenargen gar nicht so viele Stimmen wie vergleichsweise in anderen Städten und Gemeinden im südlichen Baden-Württemberg oder in Bayern. In Langenargen traute man sich eher, von Hitler und seinen braunen Komplizen gar nichts zu halten und dies auch ab und an nicht zu verschweigen. Diese kulturell-geistige Mentalität beeinflusste offensichtlich Martin Hauber in erheblichem Maße.

Heinz Keller teilte mit, dass noch viel Material aus der Zeit des 2. Weltkrieges zu Schweizer Abwehr- und Sicherheitsstrategien aufzuarbeiten sei. Übrigens: Ein Sohn des früheren Au-

Ittendorfer **SPD-Kommunalpolitikers Karl Bitterwolf**, Bernhard Bitterwolf, sorgte an der Gitarre im Duett mit Hans-Peter Hirthammer an der Querflöte für den passenden musikalischen Rahmen bei dieser Lesung im Schloss Montfort. Der Rote Seehas bemüht sich um eine weitere Lesung in der **Friedrichshafener Gessler-Buchhandlung** zu dem Roman über Martin Hauber, und Fredi Alder kümmert sich um Lesungen mit den Roman-Autoren am Schweizer Seeufer.

21.10.2012

W.Bernhard

Nominierungsversammlung in Ittendorf

Im Bürgerhaus Ittendorf bei Markdorf an der Meersburger Straße war fast kein Sitzplatz mehr frei. Über 120 SPD-Mitglieder, aus dem Bodenseekreis und aus der Raumschaft um Pfullendorf im Kreis Sigmaringen, waren mit ihrem Parteibuch erschienen, um die Vorstellungsreden von zwei Bewerbern um die SPD-Kandidatur im Wahlkreis 293 Bodensee zu erleben und dann in geheimer Wahl ihr Votum abzugeben.

Im Frühsommer hatte der Überlinger Kreisvorsitzende **Adnan Sabah** seine Bewerbung eingereicht, später zog dann **Jochen Jehle** aus dem Deggenhausertal nach. Nach den Grußworten der stellvertretenden Kreis-Vorsitzenden **Sonja Schuster** und des Markdorfer SPD-Vorsitzenden **Manfred Bastian** folgte die Versammlung dem Vorschlag, den früheren Bundestagsabgeordneten **Rudolf Bindig** zum Versammlungsleiter zu wählen.

Nach der Auslosung über die Reihenfolge der Bewerber-Vorträge begann Jochen Jehle mit seinen Ausführungen. Darin erläuterte er seine Motivation für den Wahlkampf für die Bundestagswahl im September 2013 und begründete dies mit seinen Erfahrungen als Gemeinde- und Kreisrat und seinen Parteikontakten auf Landes- und Bundesebene. Im letzten Teil seiner 40 minütigen Zeit zur Vorstellungsrede gab er Gelegenheit zu Fragen aus der Nominierungsversammlung, was auch einige Parteifreunde nutzten.

Im Anschluss ging Adnan Sabah ans Rednerpult und erläuterte seine politischen Anliegen und seine Überlegungen für den Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr. Als Betriebsrat und als Landesvorstandsmitglied in der Ar-

beitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen sieht Sabah eine besondere Nähe zu den Interessen der abhängig Beschäftigten in den Betrieben, erst recht, wenn sie wie er einen Migrationshintergrund haben. Auch ihm sind anschließend einige Fragen zu seiner Person und zu seinen politischen Anliegen gestellt worden.

Nachdem keine weiteren Bewerbungen vorgebracht wurden, nahmen die stimmberechtigten Mitglieder ihren Stimmzettel entgegen und stimmten ab. Wie manche erahnten, kam es im 1. Wahlgang zu einem Patt.

Beide Bewerber kamen auf 61 Stimmen, 3 zu wenig für die absolute Mehrheit. 5 Stimmberechtigte hatten sich enthalten. Die aufmerksame Zählkommission wertete die Stimmzettel gleich zweimal aus.

Nach einer Pause rief der Versammlungsleiter die Stimmberechtigten zu einem 2. Wahlgang auf. Hier hat die einfache Mehrheit ausgereicht, um einen Kandidaten für die Bundestagswahl zu nominieren. Wem wird jetzt die Entscheidung zufallen, fragte sich insgeheim nicht nur der Sigmaringer SPD-Kreisvorsitzende Stephan Binsch auf dem Versammlungspodium. Rudolf Bindig verriet mit knappen Worten das Ergebnis: **Jochen Jehle** wieder **61** Stimmen, **Adnan Sabah** **58** Stimmen (ein paar Leute hatten in der Pause das Bürgerhaus Ittendorf verlassen). Beide stellten sich dem Pressefotografen und nahmen die Glückwünsche zur Nominierung (Jehle) und den Dank, eine demokratische Wahlentscheidung ermöglicht zu haben (Sabah), entgegen.

Der Versammlungsleiter appellierte an die Versammlung, in möglichst großer Geschlossenheit im kommenden Jahr einen engagierten Wahlkampf zu führen und den nominierten Kandidaten dabei zu unterstützen. Am gleichen Tag wie am Termin der SPD-Kreisversammlung ist in Stockholm verkündet worden, wem dieses Jahr vor Weihnachten der Friedensnobelpreis verliehen wird: an die **Europäische Union**.

Die SPD im Bodenseekreis, so mahnte Bindig, möge die Gräben in den eigenen Reihen zuschütten, und fügte augenzwinkernd hinzu: Alle sollten dazu beitragen, dass die Chancen, der Friedensnobelpreis könnte eines fernen Tages doch einmal an den Bodensee vergeben

werden, nicht von vorne herein verspielt werden.

Zum Abschluss dankte die Versammlung mit lebhaftem Beifall zu später Stunde für die Bewirtung durch den gastgebenden Ortsverein und dem Team um **Ulrich Möhrle** vom SPD-Regionalzentrum Biberach für die professionelle Prüfung des Stimmrechts bei den vielen erschienenen SPD-Mitgliedern.

Bei einer Kreisvorstandssitzung ein paar Tage später in Meersburg ist vereinbart worden, dass es im November mit der Unterstützung des SPD-Landesgeschäftsführers zu einer Aussprache zwischen den Fronten im SPD-Kreisverband Bodenseekreis kommen soll. Im Februar 2013 findet ein Runder Tisch zur Planung der Wahlkampf-Aktivitäten vor der Bundestagswahl statt. Am Freitag 25. Januar 2013 kommt die baden-württembergische Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) in den Bodenseekreis zu einer SPD-Veranstaltung über die neue Schulpolitik.

Zuvor wählen an jenem Abend die Ortsvereins-Delegierten die fünf Kreis-Delegierten für den Landesparteitag am 2. März 2013 in Heilbronn, wo über die Landesliste der baden-württembergischen SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Bundestagswahl nach dem Reißverschluss-System (Frau/Mann) in geheimer Wahl beschlossen wird.

22.10.2012

W. Bernhard

MdB Gerster und MdL Rivoir begrüßen steigende Aufwendungen

Förderung der Schulsozialarbeit im Bodenseekreis wächst um rund 11 Prozent

STUTTGART/FRIEDRICHSHAFEN (zel) – Die Schulen im Bodenseekreis bekommen für Schulsozialarbeit im laufenden Schuljahr vom Land insgesamt rund 385.000 Euro Fördermittel. „Damit steigt die Förderung in diesem Schuljahr, monatlich gerechnet, um 11 Prozent“, teilte der SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** mit. Bei einem Landesförderanteil von einem Drittel entspreche dies rechnerisch 23 Vollzeitstellen, die auf 43 Schulen verteilt sind. „Seit Wiederaufnahme der Landesförderung dieses Jahr werden somit Ende des Schuljahrs insgesamt für diese wichtige

Aufgabe in den Bodenseekreis 588.000 Euro Fördergelder geflossen sein“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete **Martin Rivoir**, „im gesamten Land sind es rund 25 Millionen Euro.“ Die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land werde gegenfinanziert durch die zusätzlichen Einnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbssteuer.

„Die Schulsozialarbeit leistet eine wertvolle Unterstützung ergänzend zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule und hat positive Auswirkungen auf das Schulleben insgesamt“, ist sich MdB **Martin Gerster** sicher. Mit dem differenzierten Instrumentarium der Schulsozialarbeit, die auch Eltern erreiche und einbinde, könnten soziale Benachteiligungen ausgeglichen und individuelle Problemlagen besser bewältigt werden. „Schulsozialarbeit trägt somit zur Stabilisierung des Schulerfolgs, zur Eingliederung in die Arbeitswelt und zur gesellschaftlichen Integration bei“, so **Gerster**.

Biberach, 29. 10. 2012

Bürgerbüro Martin Gerster MdB

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Vorstandssitzung

Runder Tisch

Montag, 19.11.2012 (voraussichtlich)

19:30 h

Kluftern, „Gehrenbergblick“

Moderation:

Rudolf Bindig + NN

Nur parteiöffentlich

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 05.11.2012

19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

Ortsvereinsitzung

Montag, 03.12.2012

19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

Fortsetzung auf Seite

30

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Strategie-Tagung der Sozialistischen Bodensee- Internationale (SBI)

Die jüngste Kantonsrätin im Kanton St. Gallen, Laura Bucher, eine Sozialdemokratin, hält der SBI mangelnde Verbindlichkeit, eine schwache Organisation und ein schlechtes Image bei der Partei vor. Auf der anderen Seite bescheinigt der Arboner SP-Kantonsrat und frühere Präsident der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kanton Thurgau, Peter Gubser, der Bodensee-Internationale, dass bei ihren Sitzungen wegen der internationalen Zusammensetzung ein größerer geistiger und politischer Horizont herrscht als bei vielen Sessionen des Thurgauer Kantonsparlaments.

Ursprünglich sollte die diesjährige Herbsttagung der SBI sich mit der großen Herausforderung der Energie-Wende nach dem Atomausstieg auseinandersetzen und dazu ein Pumpspeicherkraftwerk der Vorarlberger Illwerke im Montafon besichtigen. Doch das SBI-Präsidium vertagte dieses wichtige Thema und betrieb stattdessen eine Delegiertenversammlung zur Strategiedebatte in der Bodensee-Internationale ins Centro Italiano in Kreuzlingen ein. Es sollten Klärungen darüber herbeigeführt werden, mit welchen politischen Themen und in welcher Organisationsstruktur sich die SBI in nächster Zeit aufstellen soll, um mehr Resonanz parteiintern und in der Öffentlichkeit in der Bodenseeregion zu entwickeln.

Bei der nächsten Vorstandssitzung am 26. November in Bregenz(im Landtag) sollen die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse in Beschlüsse für die Umsetzung formuliert werden.

Zu Beginn der Tagung sprach auf Einladung von Fredi Alder (Rorschach) der frühere **SP-Nationalrat Ruedi Strahm**, ein gelernter Ökonom, vor den Aktiven der Bodensee-Internationale zu dem strittigen Deutsch-Schweizer **Steuerabkommen** und zu den Vor- und Nachteilen, wenn dieses Abkommen in der deutschen Länderkammer, dem Bundesrat, bis Weihnachten scheitern sollte. Näheres dazu findet man auch auf seiner Homepage im Internet www.rudolfstrahm.ch

Olga Pircher, die amtierende Vorarlberger SBI-Präsidentin, begrüßte zu der Tagung besonders herzlich den früheren Friedrichshafener Oberbürgermeister Josef Büchelmeier, das sozialdemokratische Urgestein Wolfgang Markus, der viele Jahre nach der Wiedervereinigung als SPD-Landtagsabgeordneter im Freistaat Sachsen (in Dresden) wirkte und früher in der Basilikastadt Weingarten im Gemeindeparlament tätig war, sowie den Vorsitzenden des Amtzeller Ortsvereins, Pierre Bacón, sowie den Appenzeller SP-Politiker Martin Engler aus Heiden. Auch der DGB-Regionalsekretär Gottfried Christmann, die Konstanzer Sozialdemokraten Anita Fitz und Winfried Kropp, der Überlinger Dietram Hoffmann, der Meersburger Karl-Heinz König und der Lindauer Erwin Engl, waren nach Kreuzlingen angereist, ebenso die Radolfzeller SPD-Gemeinderätin Susann Göhler-Krekosch und der örtliche Organisator der Tagung, der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Dino Gerardo Lioi, Kreuzlingen.

Das Präsidium der SBI, also Olga Pircher und ihre Kollegen Hans-Peter Storz MdL und Fredi Alder, hatten das Arbeitsprogramm gut strukturiert und gute Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der dichte Nebel im Raum Konstanz/Kreuzlingen am Nachmittag dann den

hellen und warmen Sonnenstrahlen weichen konnte, was man auch auf die Perspektiven der SBI übertragen könnte.

Ein erstes Ergebnis der Tagung ist eine straffere Führung bei der politischen Arbeit durch das Präsidium, was Themen, Terminplanung und Sitzungsstruktur angeht. Die Satzung der SBI soll auf Vordermann gebracht werden, ein erster Entwurf liegt bereits vor. Ausgeweitet werden soll der Vorstandsbereich Schriftführung und Medienarbeit, um die parteiinterne und die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Sachen SBI zu verstärken.

www.sozialistische-bodensee-internationale.eu

Eine andere Frage ist das Selbstverständnis des SBI-Vorstandes selber. Steht der allgemeine und allfällige Informationsaustausch über aktuelle politische und regionale Anliegen in der Vierländerregion am Bodensee im Vordergrund (Gut, dass wir uns darüber gegenseitig informiert haben) oder ist vielmehr die nachdrückliche Lancierung von aktuellen Forderungen und Motionen wie zur Bodensee-S-Bahn nachgefragt?

Für das eine Selbstverständnis schadet eine große Runde im Vorstand nicht (wie bei dem Thing der 44 in dem Filmepos „Herr der Ringe“), es bleibt ja überwiegend beim Informationsaustausch. Will sich die SBI aber mit konkreten Forderungen und Reklamationen immer wieder zu Gehör bringen, muss es ein viel kleineres Arbeitsgremium geben. Und überhaupt: Wir brauchen ein Jugendparlament nach dem Beispiel in der Region Basel-Oberrhein mit Jusos aus allen 3 Anrainerländern, die sich regelmäßig mit den Themen der grenzüberschreitenden Region beschäftigen.

www.jpo-eu.org,

Kontaktperson ist der frühere Sozialdemokratische EU-Parlamentsabgeordnete aus Südbaden:

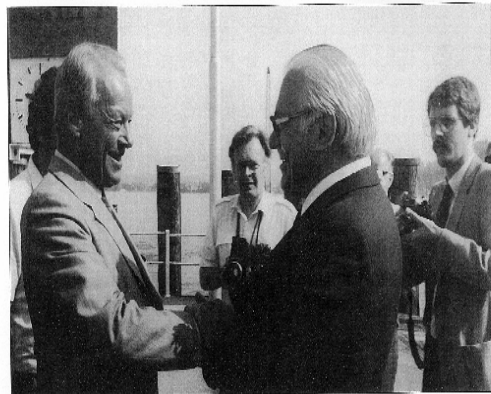
E-Mail-Adresse dietrichelchlepp@t-online.de.

Für die Bodenseeregion muss ein politischer Mehrwert durch die Tradition und Zukunft der Bodensee-Internationale und ihrer gegenwärtigen Arbeitsprojekte entwickelt werden!

W.Bernhard

Willy Brandt beehrte die Bodensee-Internationale zu seinen Lebzeiten dreimal mit seinem Besuch, nicht einmal, nein gleich dreimal notabene!

Ein gern gesehener Gast am Bodensee: Der Präsident der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, bei seinem 3.Auftritt bei einer Kundgebung der SBI in Bregenz 1982, empfangen vom Vorarlberger SPÖ-Politiker und SBI-Präsident Roman Heinz.



Im 1981. geschehener Gast am Bodensee, SPÖ-Vizepräsident Willy Brandt bei seinem 3. Auftritt bei der SBI in Bregenz 1982, empfangen vom SBI-Präsidenten Roman Heinz, SPÖ.



Erfolg der SPÖ:

Normalversicherte dürfen ohne Aufzählung in Klassebetten!

Unterbringung von Normalversicherten auf Gängen ist rechtswidrig

Auf eine Anfrage von SPÖ-Abgeordneter Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger hin hat Gesundheitslandesrat Dr. Christian Bernhard klargestellt: Die Unterbringung von Normalversicherten auf Gängen oder gar die Abweisung wegen Bettenmangels bei gleichzeitig freistehenden Privatbetten verstößt gegen das Spitalgesetz. Ist eine Aufnahme notwendig, so ist ein Normalversicherter auf der Privatstation aufzunehmen.

Dort darf der Patient verbleiben, bis für ihn auf der Normalstation ein Bett zur Verfügung steht. Daraus dürfen dem Patienten natürlich

keine Kosten entstehen. „Während der Großteil der Primarii damit kein Problem hat, haben manche Primarärzte ihre Privatbetten freigehalten. Jetzt ist endlich klargestellt, dass diese Vorgangsweise rechtlich nicht gedeckt ist“, so Gabi Sprickler-Falschlunger.

Bei Verstößen sollten sich betroffene Patienten auf ihr Recht berufen und bei Missachtung der Vorgaben durch das Spitalsgesetz Meldung beim Patientenanwalt machen, so die SPÖ-Gesundheitssprecherin.

SPÖ-Express 17.10.2012

Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher erneut wiedergewählt

SPÖ-Bundesfrauenkonferenz 2012

Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher durfte sich zum fünften Mal in Folge über eine hundertprozentige Zustimmung bei der Wahl zur stellvertretenden Bundesfrauenvorsitzenden der SPÖ-Frauen freuen. „Unser unermüdlicher Einsatz für die Frauen in Vorarlberg wird auch über die Grenzen unseres Bundeslandes gesehen“, meinte Pircher, „das freut mich“!

In ihrer Rede vor einigen hundert Delegierten hob Pircher die wichtigsten Punkte der SPÖ-Frauen in Vorarlberg einmal mehr hervor: eine Neubewertung der Arbeit von Frauen aufgrund von sozialen Kriterien, Ausbau der flächendeckenden kostenfreien Kinderbetreuung mit Mittagstisch, Ausbau von ganztägigen Schulklassen, gesetzliche Quoten und ein Reißverschlussystem bei den Listenerstellungen. Ein dementsprechender Antrag an die Bundesfrauenkonferenz wurde einstimmig angenommen!

Irmgard Grünanger aus Dornbirn, die seit 20 Jahren dem Landesfrauenvorstand angehört, davon einige Jahre als geschäftsführende Frauenvorsitzende wurde für ihre vielen Verdienste und ihren selbstlosen Einsatz von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit der Hertha Firnberg Auszeichnung geehrt. Ein schöner Tag für Vorarlbergs Sozialdemokratinnen, aber auch ein Auftrag, dran zu bleiben. Wir kommen, so weit wir gehen. Das Ziel ist noch lang nicht erreicht!

SPÖ-Express 17.10.2012

SPÖ:

Gemeinnützigen Wohnbau verstärken

Michael Ritsch sieht sich durch Umfrage bestätigt

Eine in den „Vorarlberger Nachrichten“ veröffentlichte Umfrage gibt an, dass die Mehrheit der Vorarlberger mehr gemeinnützigen Wohnbau fordert. SPÖ-Landesvorsitzender Michael Ritsch sieht sich hier in seinem Kurs bestätigt: „Wir sind die einzige Partei, die seit Jahren auf die Schaffung von leistbarem Wohnraum drängt. Wohnen ist ein Thema, das den Vorarlbergern zunehmend Sorgen bereitet. Begrüßenswert ist, dass das Land inzwischen angekündigt hat, mehr Wohnungen zu bauen. Es geht jetzt darum, schnell zu handeln und die Wohnungsproblematik durch den Ausbau von gemeinnützigem Wohnraum zu entschärfen.“

Bürgermeister in der Pflicht

Michael Ritsch weist darauf hin, dass der Bau weiterer Wohnungen durch das Land in doppelter Hinsicht den Wohnungsmarkt entspannt. „Durch das Mehrangebot an öffentlichen Wohnungen werden auch die Preise im Privatsektor gedrückt. Das ist vor allem dort wichtig, wo es noch keine Alternativen zu den hohen Preisen bei Privatvermietern gibt: In den vielen Kleingemeinden.“ Generell zeige die Umfrage aber auch, dass hier die Bürgermeister dieser Orte handeln müssen: „Es kann nicht sein, dass sie sich um ihre Verantwortung drücken. Ich appelliere an die ÖVP, auch in dieser Hinsicht aktiv zu werden, sie stellt die meisten Bürgermeister in unseren Orten“, erklärt Ritsch.

Weitere Schritte notwendig

Michael Ritsch besteht auch auf zusätzliche Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes: „Die Wohnungsfrage ist zu wichtig, um sie nur halbherzig anzugehen. Darum brauchen wir ein Gesamtpaket. Wir fordern, dass das Land mindestens 50% der Wohnbauförderungsmittel in den gemeinnützigen Wohnbau investiert. Gleichzeitig sollen keine Investorenwohnungen mehr gefördert werden. Private Bauträger sollen dazu verpflichtet werden, mindestens 25% der Wohnungen eines entsprechenden Projekts nach Fertigstellung als gemeinnützige Wohnungen auszuweisen.“ Der Sozialdemokrat weist auch auf die von der SPÖ einberufene Landtags-Enquete zum The-

ma „wohnen“ am 16. November hin. „Ich bin zuversichtlich, dass in diesem Rahmen Lösungsansätze über die Parteilinien hinweg gefunden werden“, gibt sich Ritsch zuversichtlich.

SPÖ-Express 24.10.2012

SPÖ Bregenz legt in Sonntagsfrage über fünf Prozentpunkte zu

Umfrage zeigt: SPÖ im Aufwind

Diese Woche wurden die Ergebnisse einer Umfrage veröffentlicht, die die Sorgen und Wünsche der BregenzerInnen fokussierte. Zudem wurde auf die "Sonntagsfrage" gestellt und nach den beliebtesten Politikern gefragt. Das Ergebnis der Umfrage gibt es als

[PDF zum Download](#).

SPÖ-Express 24.10.2012

Infos

Asyl-Gipfel - Bundeskanzler Faymann:

Erstaufnahmezentrum Traiskirchen bis Ende November entlasten

"Wir haben heute eine Lösung gefunden, die wir, sowohl die Bundesregierung als auch die Bundesländer, gemeinsam tragen und bewerkstelligen werden. Bis Ende November soll eine Entlastung des Erstaufnahmezentrums in Traiskirchen und in weiterer Folge eine Aufstockung der Kapazitäten in den Ländern erreichen werden", sagte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Asyl-Gipfel im Bundeskanzleramt.

Die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Ländern sieht vor, dass die Bundesländer bis zum 30. November Möglichkeiten schaffen, 1.000 Asylwerber aus Traiskirchen aufzunehmen, danach sollen laufend notwendige Quartiere geschaffen werden. „Um die untragbare Situation in Traiskirchen zu bewältigen, werden die Bundesländer möglichst viele Privatquartiere für Asylwerber zu Verfügung stellen. Können diese Quartiere zunächst noch nicht zur Gänze zur Verfügung gestellt werden, wird der Bund vorübergehende Hilfestellung leisten, betonte Faymann. „Die Zwischenlösung soll bei Bedarf dafür sorgen, dass bis Ende November eine Entlastung für das

Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen geschaffen wird. Vorrangig ist auch, dass Kinder, die ohne Begleitung sind, schnellstmöglich sicher untergebracht werden", sagte der Kanzler. Langfristig sollen schließlich die Bundesländer mit einer Ausweitung ihrer Aufnahmekapazitäten die Umsetzung ihrer Betreuungspflichten wahrnehmen.

Hilfesuchenden eine menschenwürdige Unterkunft bieten

„Wir wissen auch um die Verpflichtung unseres Landes, wenn es darum geht, Hilfesuchenden eine menschenwürdige Unterkunft zu bieten. Österreich hat immer Schutz geboten", so Bundeskanzler Faymann. Die Problematik sei derzeit jedoch nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa spürbar. Die Regierung strebe daher „ein gemeinsames, europäisches Vorgehen in Asylfragen mit gleich hohen Standards an, bei dem alle Mitgliedstaaten die Verantwortung teilen sollten“.

SPÖ-Express 24.10.2012

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Mit neuem Vorstand in den Wahlkampf!

Der Jusos-Kreisverband Biberach hat am Sonntag, den 14.10.2012, seine jährliche Jahreshauptversammlung im SPD-Regio-Büro in Biberach abgehalten.

Bei dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden **Stefan Gretzinger**, betonte er die aktive Arbeit der Kreis-Jusos in diesem Arbeitsjahr. Neben Kino-Preise-Aktion, Organspende-Marktstand und Podiumsdiskussionen in den örtlichen Schulen hob Gretzinger auch den verbesserten Kontakt zum Jusos-Landesvorstand, der örtlichen SPD und dem Ring Politischer Jugend (RPJ) hervor. Nach dem Rechenschaftsbericht der Öffentlichkeitsbeauftragten **Lisa Stahn** und der Finanzbeauftragten **Celie Helene**, wurde der Kreisvorstand einstimmig entlastet.

Bei den Wahlen zum Kreisvorstand schlug der bisherige stellvertretende Vorsitzende mit rund 82% der Stimmen den bisherigen Vorsitzenden Stefan Gretzinger In seiner Rede hob der 18-jährige Koch-Azubi die regionale Ausbreitung der Kreis-Jusos, die Mitgliedererweiterung und

den Bundestagswahlkampf hervor. „Politik ist wie Kampfsport: es geht darum Visionen und Ideen zu entwickeln, diskutieren aber auch mal darüber zu streiten“. Außerdem betonte **Özkeles** die Eigenständigkeit der Jusos, das Erarbeiten von Positionierungen zu kommunalen bzw. überregionalen Themen und die Wichtigkeit der Neumitgliedergewinnung. „Gerade wir als Jusos haben die wichtige Aufgabe, den Jugendlichen unsere Politik interessant und schmackhaft zu machen. Dabei müssen wir weg von ideologischen Systemfragen und mit einer pragmatischen, sozial-gerechten und modernen Politik die Probleme der Jugendlichen anpacken.“

Des Weiteren wurden **Julian Fischer** aus Riedlingen und der bisherige Vorsitzende **Gretzinger** zu Özkeles' Stellvertretern gewählt. Die bisherige Stellvertreterin **Melis Danyeli** verzichtete aus zeitlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur.

Die Finanzbeauftragte **Celie Helene** wurde einstimmig mit einem klaren Vertrauensvorschuss von 100% in ihrem Amt bestätigt. **Lisa Stahn** wurde ebenfalls mit einer deutlichen Mehrheit als Öffentlichkeitsbeauftragte bestätigt.



von links nach rechts in der ersten Reihe: **Dorothee Branz** (Schriftführerin), **Julian Fischer** (stellvertretender Vorsitzender), **Célie Helène** (Finanzbeauftragte) und **Lisa Stahn** (Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragte). Zweite Reihe von links nach rechts: **Stefan Gretzinger** (stellvertretender Vorsitzender), **Frieder Horstmann** (Beisitzer) und **Simon Özkeles** (Vorsitzender).

Da der bisherige Schriftführer **Benjamin Ronneburg** zum Studieren nach Frankfurt umgezogen ist, wurde die 16-jährige **Dorothee Branz** als Nachfolgerin gewählt. Neu im Kreisvorstand vertreten ist ebenfalls der 15-jährige **Frieder Horstmann** der als Beisitzer auf **Sascha Jungnitz** folgt.

In seinem Abschlusspladoyer freute sich **Özkeles**, dass sich bereits so junge Menschen für

Politik interessieren und die Mitglieder sich aktiv einbringen wollen.

Den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern dankte Özkeles für deren Arbeit und schwor die Jusos-Mitglieder mit einem neuen Logo auf die bevorstehende Arbeit ein.

Die Weichen für den kommenden Bundestagswahlkampf an der Seite des SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** sind somit gestellt und die Jusos vom Kreis Biberach freuen sich, die Schwarz-Gelbe Bundesregierung durch Rot-Grün abzulösen.

14.10.2012

Lisa Stahn

Politischer Martini der SPD in Vogt

MdB Ute Vogt diskutiert über Atomausstieg und Energiewende

VOGT (zel) – „Wie weiter nach dem Atomausstieg? – Ein Jahr nach der 180-Grad-Wende der Bundesregierung“ ist der Titel der diesjährigen politischen Martiniveranstaltung der SPD. Eingeladen haben dazu der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** seine Stuttgarter Kollegin **Ute Vogt**, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Um-



welt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion, und zwar für **Sonntag, 11. November, um 18 Uhr in den Gasthof „Paradies“ in Vogt**. Für die Zukunft seien viele weit reichende Maßnahmen erforderlich, um sich von der Atomkraft endgültig verabschieden und die Energiewende erfolgreich gestalten zu können, nennt Gerster als Hinter-

grund: „Eine rechtssichere und ergebnisoffene Endlagersuche für hochradioaktiven Müll in Deutschland wäre ein erster Schritt.“ Aber auch bei Netzausbau, Energieeffizienz und Planungsbeschleunigung müsse man endlich vorankommen. Nach Gersters Begrüßung und der Stellungnahme Ute Vogts können die Anwesenden mit ihr diskutieren, moderiert vom Ravensburger SPD-Kreisvorsitzenden **Felix Rückgauer**. Dessen Stellvertreter und Ravensburger Bundestagskandidat **Hannes Munzinger** wird das Schlusswort halten. Er



freue sich auf die Diskussionsbeiträge aller interessierten Bürger, warb Gerster: „Diskutieren Sie mit uns die Ansätze der SPDBundestagsfraktion zu diesen und anderen Fragen.“ Vor Programmbeginn um **19.30 Uhr** besteht ab **18 Uhr** die Möglichkeit zum Gans- oder vegetarischen Essen im „Paradies“. Um dafür den Bedarf abschätzen zu können, bittet Gerster um Anmeldung zu dieser öffentlichen Veranstaltung unter E-Mail martin.gerster@bundestag.de, Telefon 030/227-74711. Der Eintritt ist frei.
Biberach, 31. 10. 2012 **Wolfgang Heinzel,**
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Politischer Martini der SPD in Laupheim

Landesarbeitsministerin Altpeter diskutiert über gute Arbeit und gerechte Löhne



LAUPHEIM (zel) – „Gute Arbeit – Gerechte Löhne für Alle!“ ist der Titel der diesjährigen politischen Martiniveranstaltung der SPD. Eingeladen hat dazu der Biberacher SPDBundestagsabgeordnete **Martin Gerster** die Landesarbeitsministerin **Katrin Altpeter** MdL für **Sonntag, 11. November, um 16 Uhr in den Gasthof „Schützen“ in der Laupheimer Langen Straße**. Die SPD setze sich für soziale Gerechtigkeit ein, nennt Gerster als Hintergrund: „Deswegen ist es unser erklärtes Ziel, dass alle, die Vollzeit arbeiten, auch ausreichend davon leben können, ohne auf ergänzende Transferleistungen angewiesen zu sein.“ Rund 1,4 Millionen Beschäftigte im Niedriglohnsektor müssten zusätzliche Sozialleistungen beziehen, weil das Einkommen zum Leben nicht reiche.

Nach Gersters Begrüßung, Bürgermeister **Rainer Kapellens** Grußwort und der Stellungnahme der Ministerin können die Anwesenden mit ihr diskutieren, moderiert von der Laupheimer SPD-Ortsvereinsvorsitzenden **Brigitte Bailer**. Er lade alle Interessierten herzlich ein, Erfahrungen und Fragen mit der Ministerin und ihm zu teilen, warb **Gerster**: „Nutzen Sie die Gelegenheit, mit **Katrin Altpeter** MdL, Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Baden-Württemberg, zu diskutieren und helfen Sie uns, prekäre Arbeitsverhältnisse zu verhindern.“ Anschließend besteht Möglichkeit zum Abendessen im „Schützen“. Um dafür den Bedarf abschätzen zu können, bittet Gerster m Anmeldung zu dieser öffentlichen Veranstaltung

unter E-Mail martin.gerster@bundestag.de,
Telefon 030/227-74711. Der Eintritt ist frei
Biberach, den 31. Oktober 2012 Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD Kreis Sigmaringen

Stella Kirgiane-Efremidis ist SPD-Bundestagskandidatin im Wahlkreis 295 (Sigmaringen-Zollernalb)



Im Bild rechts: Stella *kali epitychia*, Stella!
Sie ist SPD-Ortsvereinsvorsitzende in der nordbadischen Grenzstadt Weinheim und dort auch Stadträtin seit 1998. Sie ist verheiratet und hat 3 Kinder und ist Gastronomin, Journalistin und Ausbilderin. Und sie ist Vorsitzende des Koordinierungskreises zur Integration der Ausländer in Weinheim. Am 11. November 1965 im griechischen Thessaloniki geboren. Der Rote Seehas kennt sie aus ihrer Mitarbeit im Europabeirat der Landes-SPD und war mit ihr im Kontakt wegen einer Aktion „kommunale Patenschaften von hiesigen Landkreisen mit griechischen Regionen zum Aufbau einer effektiveren Staats- und Kommunalverwaltung. Für die Wahlen zum EU-Parlament hat Stella auch schon kandidiert.

In Stetten am kalten Markt ist sie nach einer kämpferischen Ansprache mit großer Mehrheit von der Mitgliederversammlung am 5. Oktober zur SPD-Kandidatin im Wahlkreis 295 Sigmaringen-Zollernalb gewählt worden. Stephan Binsch, der Sigmaringer SPD-Kreisvorsitzende, musste bei ihr nicht lange bitten. Schließlich ist sie nach der Emigration ihrer Familie nach Deutschland in Sigmaringen aufgewachsen, eine Region an der Donau, zu der sie nach wie vor große, positive emotionale Bindungen hat. Und sie hat hier auch gleich eine Zweit-

wohnung bezogen, als Domizil und lokale Adresse während des Bundestagswahlkampfes 2013.

W. Bernhard

SPD Kreis Konstanz

MdL Hans-Peter Storz

Inklusion-Gemeinsam lernen

Allerorten hört man diesen Begriff „Inklusion“. Nicht Wenige fragen sich, was dieser Begriff überhaupt theoretisch und praktisch bedeutet. „Inklusion“ laut „Das moderne Lexikon“ bedeutet: „Einschließung, Einschluss“ und „inklusive“ bedeutet „einschließlich, inbegriffen“.

Und welche Bewandnis hat es nun mit diesem Begriff in der Schule bzw. im Unterricht? Der Grundgedanke ist genau dieser: Kinder ohne und mit Behinderungen, seien sie körperlicher, geistiger oder seelischer Art, sollen im gemeinsamen Unterricht, zumindest die meiste Zeit gemeinsam, also einschließlich! unterrichtet werden, umso, laut der seit 2009 rechtskräftigen Behindertenrechtskonvention „die wirkliche Teilhabe an einer freien Gesellschaft“ zu erfahren. Sie sollen nicht vom „unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden“. Soweit das von den UN-Staaten verabschiedete Gesetz.

Doch viele Eltern, Schüler und Lehrpersonen fragen sich, wie das in der Praxis funktionieren soll!? Eines ist sicher, der Weg auf den sich die UN, Europa, Deutschland, Baden-Württemberg und somit Radolfzell gemacht hat, ist nicht einfach!

Der Prozess zu einer hoffentlich gelingenden Inklusion hat gerade erst begonnen. Viele europäische Länder sind uns da schon voraus, Während Deutschland nach einer Statistik von 2008 einen Schüleranteil mit Sonderbeschulung von 4,9 % hatte, sind dies in Schweden unter 1 %, in der Niederlande und Österreich 2 % . In Italien gibt es so gut wie keine Separierung. Nur 0,01 % beträgt der Schüleranteil von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf, die inklusiv beschult werden. Vor mehr als 30 Jahren hat Italien die Förderschulen und

Sonderklassen abgeschafft. Doch noch immer sind auch in Italien nicht alle Probleme gelöst und man arbeitet noch daran. In Südtirol z. B., im Städtchen Deutschnofen, wurde bei Anmeldung gleich zweier geistig behinderter Jungen in einer Mittelschule im letzten Frühjahr die Schule für 50.000 Euro umgebaut. Der Gemeinderat hat auf diese zwei Jungen situationsgerecht reagiert. Spezialisierte Lehrer und Betreuer sowie geeignete Räume und therapeutische Hilfsmittel waren nötig. Auch ein Abholdienst und eine verstärkte Pausenaufsicht musste organisiert werden. Sonderpädagogen sind dort nicht so spezialisiert wie in Deutschland. Von ihnen wird erwartet, sich auf die jeweils angemeldeten Kinder mit Behinderung einzustellen. Im „ziendifferenten“ Unterricht (das heißt: Verschiedenen Kinder sollen verschiedene Lernziele erreichen) bekommen die beiden geistig behinderten Jungen kein Zeugnis, sondern eine Kompetenzbeschreibung (Was kann das Kind, was ist noch zu fördern). „In Südtirol trifft man auf Eltern, die sagen, dass es Wichtigeres für ihr behindertes Kind gebe als die optimale Förderung. Vor allem aber trifft die Haltung zu: Wer will, dass Behinderte Teil der Gesellschaft sind, kann sie nicht bereits in der Schule absondern“. (aus DIE ZEIT vom 31.5.12)

Zwei Faktoren sind wichtig für das Gelingen von schulischer und somit gesellschaftlicher Inklusion: Das wären a) ein interdisziplinäres Team von Lehrern, Sonderpädagogen, Schulhelfern bzw. Pädagogischen Assistenten, Schulsozialarbeiter und b) genug Mittel für Sachausgaben (Verbrauchsmaterial, Lernmaterialien, passende Räumlichkeiten, Ausstattungen der Räume,...). Der zweite gelingende Faktor aber ist eindeutig begründet im Team, dass gut kooperiert, heißt, lernt, sich gut abzusprechen und ganz eng zusammenzuarbeiten. Dazu gehören auch neue Kooperationen mit der Kommune (Vereine, Stadtjugendpflege, Musikschule, etc.). Dies sagt ein Inklusions-Praktiker, der als Sonderschullehrer und systemischer Psychotherapeut seit über 20 Jahren in der Fläming-Schule in Berlin (erste Inklusionsschule Deutschlands), Mitglied im Kollegium bzw. Team ist.

Inklusion ist in Baden-Württemberg als Prozess in Gang gekommen. Keiner behauptet, dass diese gesellschaftliche Herausforderung eine einfache werden wird. Die Landespolitik muss den Praktikern mit den nötigen Mitteln und Rahmenbedingungen zur Seite stehen. Es

muss an dieser Stelle jedoch gefragt werden dürfen, inwieweit und wie lang sich der Bund, aufgrund eines aus meiner Sicht überholten Förderalismus', noch raushalten darf.

Die kommunalen gewählten Vertreter im Gemeinde- und Kreisrat können/müssen sich in regionalen Schulentwicklungsplänen und Arbeitskreisen zur Schullandschaft wie in Radolfzell mit Eltern- und Lehrerschaft für die nötigen Mittel und Rahmenbedingungen einsetzen. Beim Kampf ums Geld braucht es harte Bandagen und wohl überlegte Priorisierungen!

03.10.2012

Susann Göhler-Krekosch

DGB Kreisverband Konstanz gegründet

Gemeinsame Stimme der Gewerkschaften wieder vor Ort

Im Zuge der Strukturreform des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde am 09.10. 2012 der neue DGB Kreisverband Konstanz gegründet. Mit der Konstituierung des Kreisvorstands werden nach der neuen Satzung die gewerkschaftspolitischen Entscheidungskompetenzen der bisherigen Region Südwürttemberg wieder auf die kommunale Ebene des Landkreises veragert. Der Kreisverband Konstanz ist zuständig für den Landkreis Konstanz.

Das neue Gremium wählte am Dienstag einstimmig **Klaus Mühlherr**, Vorsitzender des GEWKreisverbands Konstanz, zum Vorsitzenden. Als Stellvertreterin wählte der Kreisvorstand die Betriebsratsvorsitzende von Atos IT Solutions und Services **Lore Dizinger** (IG Metall). Neben den beiden Vorsitzenden gehören dem Gremium an: **Torsten Fröhlich** (GdP), **Bernhard Hanke** (ver.di), **Ursula Hanser** (ver.di), **Christos Koulelis** (IG BCE), **Wolfgang Roesel** (IG BCE), **Sandra Schneider** (IG BAU), **Raoul Ulbrich** (IG Metall). Betreut wird der Kreisverband von DGB-Regionssekretär **Gottfried Christmann** im Regionsbüro Ravensburg.

In gewerkschaftspolitischen Fragen wird sich künftig der neue Kreisverband als gemeinsame Stimme der Mitgliedsgewerkschaften zu Wort melden.



Foto: „DGB-Regionssekretär Gottfried Christmann überreicht dem neu gewählten Vorsitzenden des DGB-Kreisverbandes Konstanz den ‚Amtsstempel‘ und wünscht ihm viel Erfolg. Im Hintergrund weitere Vorstandsmitglieder (v.li.): Lore Dizinger (stellv. Vorsitzende) (IG Metall), Bernhard Hanke (ver.di), Raul Ulbrich (IG Metall) und Sandra Schneider (IG BAU).“

So diskutierten die Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter in der Gründungsversammlung über mögliche zukünftige Arbeitsschwerpunkte wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Fachkräftemangel, Leiharbeit, Niedriglöhne und Aufstocker, Altersarmut und Rente.

Sehr beunruhigt zeigte sich der DGB-Kreisvorstand darüber, dass Mitte September eine NPD-Kundgebung auf dem Heinrich-Weber-Platz in Singen stattfinden konnte. Klaus Mühlherr kündigte an, dass man mit den Parteien in Singen über Präventionsmaßnahmen reden wolle.

Zu den Aufgaben des DGB Kreisverbandes gehört neben der gewerkschaftlichen Interessenvertretung auf kommunaler Ebene auch die Unterstützung der Mitgliedsgewerkschaften im Landkreis Konstanz. Mit der Gründung des DGB Kreisverbandes soll vor allem auch die ehrenamtliche Arbeit gefördert werden.

Durch das hauptamtliche Team des DGB um Regionsgeschäftsführer Peter Fischer in Ulm und in den Regionsbüros Ravensburg und Reutlingen werden neben dem Kreisverband Konstanz weitere sieben Kreisverbände in Südwürttemberg unterstützt.

10.12.2012

Peter Fischer,
DGB-Region Südwürttemberg

SPD Kreis Ulm Alb-Donau Kreis MdB Hilde Mattheis

Hilde Mattheis:

Wir brauchen eine solidarische Energiewende

Wir brauchen die Energiewende. Je schneller, desto besser für uns und die Umwelt. Das Konzept von Umweltminister Altmaier bremst bei den erneuerbaren Energien und lädt die Lasten vor allem bei den Verbrauchern ab. Vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen werden durch die aktuellen und anstehenden Preissteigerungen spürbar belastet.

„Wir brauchen eine solidarische Energiewende, die nicht zu Lasten der Verbraucher geht“, so die der Ulmer Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis**.

Die Kampagne gegen die erneuerbaren Energien, wie sie von wesentlichen Teilen der Regierungskoalition mitgetragen wird, soll den großen Profiteuren der umweltschädlichen Energiepolitik die alten Geschäftsmodelle retten und weiterhin Vergünstigungen sichern.

Wir brauchen eine Energiewende, die für einen gerechten Lastenausgleich sorgt und nicht weiterhin allen möglichen Unternehmen zahlreiche Schlupflöcher bietet und für die Fehler der Vergangenheit, die Verbraucher zur Kasse bittet

15.10.2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Die Bahn hat mal wieder Verspätung

Lange schon kämpft die Deutsche Bahn gegen ihr Negativ-Image, sie habe häufig Verspätung. Eine rekordverdächtige Verzögerung erlebt derzeit die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**: sie wartet schon seit fast fünf Monaten auf eine Verbindung.

Im Mai schrieb die Parlamentarierin an die Deutsche Bahn, um sich für das Fünfte Gleis stark zu machen. Schon dreimal erinnerte Mattheis per Brief und E-Mail an ihr Anliegen, beim Ulmer Bahnhof ausreichende Kapazitäten für eine Regio-S-Bahn einzuplanen und bat

höflich um Antwort. Reaktion: Keine. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit meint, eine Antwort verschickt zu haben, könne aber keine Kopie zukommen lassen. Die Abteilungen Verkehrspolitik und Kommunikation haben sich gar nicht gemeldet.

„Es ist schon verwunderlich, dass die Bahn in diesem für uns Ulmer wichtigen Anliegen noch nicht einmal eine Antwort hinbekommt“, bedauert **Hilde Mattheis**.

Ulm, 4. November 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis besucht Lohnunternehmen Reichardt in Altheim

Wandel hat bei der Firma Reichardt Tradition: schon der Vater traf zukunftsweisende Entscheidungen, der Sohn setzt dies fort. „Ich freue mich, dass Sie so gut aufgestellt sind für die Zukunft“, würdigte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** die Chefs des Lohnunternehmens Reichardt bei ihrem Betriebsbesuch in Altheim (Alb).

Auch Bürgermeister Andreas Koptisch betonte die wirtschaftliche Stellung des Unternehmens für die Raumschaft: „Denn es ist in der gesamten Region unterwegs und hat sich sehr stark im Bereich der regenerativen Energien entwickelt, vor allem mit Hackschnitzel“. Neben Dienstleistungen für Land- und Forstwirtschaft handelt der Betrieb mit Holzbrennstoffen aller Art. Reichardt ist zudem stark engagiert bei der Energieversorgung mit Biomasse. Dass im Familienunternehmen die richtigen Entscheidungen getroffen würden, belegten die jährlichen Wachstumsraten von etwa 20%, resümierte Mattheis den Firmenrundgang.

Vor dem Betriebsbesuch tauschten sich Mattheis und Koptisch über „die zukunftsweisenden Themen in der Gemeinde“ – so Mattheis – aus. Vor allem Kinderbetreuung und Schulbildung standen im Zentrum des Gesprächs.

Ulm, 27.09.2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis unterstützt Einigung bei Polizeiposten Munderkingen

Gute Nachrichten für Munderkingen kann die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** überbringen: nach Verhandlungen zwischen Lan-

desregierung und Vermieter kann der Polizeiposten Munderkingen nach dem Umzug in die Ortsmitte auch den Raum hinter der Schaufensterfront nutzen. „Nun kann die Polizei sich in der Kernstadt von ihrer besten Seite zeigen und muss sich nicht im Hinterzimmer verstecken“, befürwortet die Politikerin die Einigung.

Anfang August bat Bürgermeister **Dr. Michael Lohner** die SPD-Abgeordnete um Unterstützung: wegen Überschreitung der zulässigen Quadratmeterzahl könne ausgerechnet der Raum nicht genutzt werden, der aufgrund der Schaufensterfront für alle Passanten sichtbar sei. „Dies ist ein Schildbürgerstreich, der die Innenstadtbelebung und die Bürgernähe der Polizei torpediert“, appellierte Mattheis an das für Immobilien zuständige Finanzministerium. Das Ministerium verhandelte neu mit dem Vermieter und gelangte zu einer Einigung, die die Nutzung des zusätzlichen Raumes ausnahmsweise ermöglichte. „Ich freue mich, dass alle Beteiligten Kompromissbereitschaft zeigten und eine sinnvolle Lösung für Menschen, Polizei, Vermieter und Stadtbild gefunden wurde“, begrüßt **Mattheis** den Erfolg.

Ulm, 30.10.2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis:

Energiewende sozialverträglich gestalten

Energisches Handeln fordert die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**, um die Auswirkungen der steigenden Energiepreise auf einkommensschwache Haushalte einzudämmen. Auch in Ulm sind nach Informationen der SWU viele Haushalte betroffen: seit Jahresbeginn wurde bei 413 Kunden der Strom abgestellt, 1179 weitere Sperren sind angekündigt. „Die angekündigten Preiserhöhungen werden viele Familien in die Energiearmut treiben. Wir brauchen einen politischen Maßnahmenkatalog“, forderte Mattheis.

Sie unterbreitet in dem von ihr als Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit erstellten Diskussionspapier konkrete Vorschläge zur Vermeidung von Energiearmut. Vor allem sei eine Neuberechnung der Regelsätze für Arbeitslosengeld II-Beziehende erforderlich, die die steigenden Energiekosten angemessen berücksichtigt. Eine kostenlose Mindestversorgung mit Energie für Wärme und Licht könnte ähnlich wie bei der Befreiung von

Rundfunkgebühren ein menschenwürdiges Existenzminimum sicherstellen. Einkommensschwache könnten entlastet werden, indem beispielsweise Schuldner- und Verbraucherberatung stärker auf Energiekostenberatung fokussieren. Zuschüsse beim Kauf energieeffizienter Neugeräte wären ein weiterer Beitrag zur sozialverträglichen Energiewende.

„Die Energiewende ist notwendig. Sie muss sozialverträglich gestaltet werden und darf nicht dazu führen, dass vielen Menschen der Strom abgedreht wird“, fasste Mattheis ihren Standpunkt zusammen. Ihre Vorschläge stellt sie auch bei einer Veranstaltung der DGB-Senioren am 13. November vor.

Ulm, 31.10.2012 4. November 2012 Büro
Hilde Mattheis, MdB

Finanzpolitik in Zeiten der "Euro-Krise"

Heidi Ankner, Stadträtin und SPD Vorsitzende aus Blaustein und Ulrich Möhrle, Regionalgeschäftsführer der SPD für die Region Ulm - Oberschwaben - Bodensee hatten zur Diskussion eingeladen. „Komplexe Hintergründe, vielfältige Ursachen und gravierende Folgen der Finanz- und Bankenkrise, gefolgt von einer weltweiten Staatsschuldenkrise, seien ein erster Hinweis darauf, dass es kaum „die einzige einfache Lösung“ geben könne, so Möhrle in seiner Einführung. Er freute sich, **Lothar Binding** als Finanzexperten der SPD im Deutschen Bundestag begrüßen zu können, um mehr über die Lösungsvorschläge der SPD Bundestagsfraktion zu erfahren.



Heidi Ankner hatte im Vorfeld der Veranstaltung Wert auf die kommunalpolitische Dimension für Dornstadt, Blaustein und Gemeinden und Städte insgesamt gelegt. Die staatliche Gesamtverschuldung einerseits aber insbesondere auch die eilfertigen Zusagen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Fiskalpaket, der eine gravierende Verschärfung der Schul-

denbremse für Länder und Kommune vorsehe, müsse mit Blick auf die Kommunen vorsichtig angewendet werden.

Um etwas Licht in das undurchdringliche Dickicht unterschiedlicher Rettungs- Stabilitäts- und Koordinierungsmaßnahmen – Stabilitäts- und Wachstumspakt, Euro-Plus-Pakt, Six-Pack, Two-Pack I und II, Europäisches Semester, Fiskalpaket, EFSF, ESM – zu bringen, erläuterte der Heidelberger Bundestagsabgeordnete Lothar Binding zunächst das Krisenszenario: Bankenkrise in ihren beiden Ausprägungen: Solvenzkrise in den USA, Liquiditätskrise in Deutschland bzw. Europa, Krise am Finanzmarkt, als Marktversagenkrise und Staatsschuldenkrise, auch die „Verhaltenskrise“ von Vorständen, Aufsichtsräten, Ratingagenturen und Regierungen kamen zur Sprache.

Anschließend wurden Begriffe und Zusammenhänge, die für den internationalen Finanzplatz von Bedeutung sind erläutert, um Hintergründe und Ursachen der Krisen besser beurteilen zu können. In einem finanzpolitischen Feuerwerk wurden Begriffe wie Basel I und II, Kreditverkauf und Verbriefung, Kreditversicherung und der CDS Markt, Staatsanleihen und auf Nachfrage auch die Rolle der EZB besprochen. Bisher seien die Lösungsversuche der Regierung Merkel mal um mal auch deshalb gescheitert, weil sie erstens „unterkomplex“ waren, lediglich monokausal abgeleitete Reflexe auf Einzelphänomene der Krise, zweitens außenpolitisch bzw. diplomatisch miserabel vorbereitet. Als lösungsorientierter kooperativer kompetenter Partner wird Deutschland, die Deutsche Regierung nicht mehr wahrgenommen. Im Ergebnis trägt Merkel Geld nach Europa und fordert andere auf zu sparen – bis zur nächsten Krise.

Lösungsansätze lägen vielmehr in einer hochkomplexen Kombination aus Regulierung der Spekulationsmärkte, koordinierter Sozialpolitik für die Menschen und Wachstumsimpulsen für europäische Märkte. Neben den aktuellen und oft dargestellten Vorschlägen, wie Begrenzung der Vorstandsgehälter, Boni, der Qualifizierung von Aufsichtsräten, den unterschiedlichen Rettungsschirmen, ging **Binding** besonders auf weitergehende Maßnahmen ein, die simultan, gleichzeitig eingeführt werden müssten, um den Krisen Herr zu werden: Finanztransaktionssteuer um den Hochfrequenzhandel – 20 Millionen Geschäfte eines Brokers am

Tag – zu verlangsamten „in menschliche Kategorien“ zurück zu führen, Trennbankensystem um die Spekulationsmärkte von den Realmärkten zu trennen; auch der „Selbstbehalt“ und seine Bedeutung für Europa wurde besprochen: wenn jemand Suppe ausgibt, soll er von jedem verkauften Teller zwei Löffel selber essen – dann mache er weniger Gift in Suppe. In der Bilanz der Banken wird von toxischen, also giftigen Produkten gesprochen, Produkte, deren Struktur so verworren ist, dass ihr Risiko nicht abschätzbar ist. Auch gedeckte und ungedeckte Leeverkäufe wurden „als finanztechnische Sprengsätze im Markt“ behandelt. Gravierend seien auch die endlosen Fehleinschätzungen der Ratingagenturen – Agenturen die sich auf „das Raten spezialisiert haben“. Deshalb sei es wichtig eine öffentlich rechtliche europäische Ratingagentur zu gründen um die Bewertungsverfahren transparent zu machen. Die Black Boxen der großen Ratingagenturen haben schon viel zu viel Schlechtes bewirkt. Ein besonderer Punkt war auch die Betrachtung der privaten Beteiligung an der Krise. Den „peinlich allgemeinen Beteuerungen über „freiwillige“ private Beteiligungen (Haircut) derjenigen, die Krisen maßgeblich zu verantworten haben“ setzte Binding die Forderung entgegen, Risiko und Haftung wieder zusammen zu führen. Wer im virtuellen Finanzraum der Spekulation hohe Risiken eingeht, hohe Gewinnerwartungen hat, der muss auch im Verlustfall dafür gerade stehen und dürfe nicht auf den Steuerzahler hoffen. Es müsse Schluss sein mit dem Geschäftsmodell „wenn es gut geht wird der Gewinn eingestrichen – ganz privat – wenn es schlecht läuft zahlt der Staat, die Gesellschaft und damit alle Steuerzahler.

„Politiker und vor allem Regierungsmitglieder sollten sehr genau überlegen was sie sagen.“ Jede Äußerung könne Milliarden Deutscher Steuergelder vernichten und es sei absolut schädlich für die Regulierungsmechanismen der Finanzmärkte, wenn die Deutsche Regierung im „klein-klein über Steuersenkungen zur Unzeit“ streite, anstatt verlässliche und europa-tauglich Entscheidungen zu treffen. Dies sei im Augenblick eines der größten Probleme. „Keine klaren Regeln für Schattenbanken, keine klaren Verantwortlichkeiten für Finanzmanager, übermächtige Ratingagenturen mit gravierenden Fehleinschätzungen etc.“ moniert **Binding** die fehlende Handlungsfähigkeit und Führungsfähigkeit der schwarz-gelben Regie-

rung. Eine Entmachtung solcher privaten Ratingagenturen sei überfällig.

Am Beispiel Griechenlands verdeutlichte **Binding** einen Wirkungszusammenhang. Ein starkes Land bekomme Geld für die Ausgabe von Staatsanleihen zu niedrigen Zinsen, weil der Kredit als sicher angesehen wird. Ein Land, das starke Freunde habe, werde auch als sicher angesehen. Wenn nun die Freunde, z.B. die EU oder eine sich als eiserne Kanzlerin andienende Staatschefin ankündigt, „mer gebbet nix für Griechenland“, schießen die Zinsen für Staatsanleihen nach oben, Griechenland muss noch mehr bezahlen und die Spekulanten, die auf steigende Zinsen gewettet haben machen den Gewinn. „Es komme noch schlimmer“ so **Binding**. Wenn dann nach einigen Wochen doch wieder Freundschaftsgefühle aufkommen, weil halb Europa über eine solche Finanzpolitik lacht, sinken die Zinsen wieder – nun freuen sich jene Spekulanten, die auf sinkende Zinsen gewettet haben. Und wenn die Kanzlerin diesen Zick-Zack-Kurs zeitlich ungeschickt fährt, zahlt der Deutsche Steuerzahler zuerst den Gewinn des einen Spekulanten und dann auch noch den des anderen Spekulanten. Und weil die FDP offensichtlich nichts gelernt habe, kümmere sie sich in einer solch schwierigen Phase um Steuersenkungen, um Leuten mit höheren Einkommen unsinnige Geschenke zu machen. Besonders teuer werden solche Vorgänge im Markt auch deshalb, weil sich die Effekte bei den Kreditversicherungen (Credit Default Swap, CDS-Markt) mit noch größerer Wucht niederschlagen.

Eine weitere Schwierigkeit seien die Rettungsschirme für Europa. Die Wirkung dieser Schutzschirme, EFSF, ESM, seien begrenzt - gleichwohl seien sie notwendig. Allerdings mache es keinen Sinn einfach nur mehr Geld in das System zu pumpen. Zwar teilten sich die Mitglieder der EU die Gelder für diesen Schirm, jedoch sei auch klar, dass wenn ein Land auf Grund mangelnder Zahlungsfähigkeit herausbreche, sich der Beitrag für alle anderen Staaten weiter erhöhe. „Nur Geld geben ist keine Politik, aber das passiert derzeit“, so der Finanzexperte. Vielmehr müssten in Griechenland eine Steuerbehörde aufgebaut und Investitionsprogramme aufgelegt werden. Steuern müssten durch Finanzämter eingetrieben werden, dies müsse in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission geschehen. Viel zu spät, eigentlich noch immer nicht wirklich, habe man mit diesen Maßnahmen begonnen. Ebenso

wichtig sei die weitere und schärfere Regulierung der Finanzmärkte, denn die Staatsschuldenkrise in vielen Ländern und die Bankenkrise seien über mangelhaft regulierte Märkte eng miteinander verknüpft.

Nach diesem fachlichen anspruchsvollen Vortrag war sich die Zuhörerinnen und Zuhörer einig darüber, dass eine Regierung auf die veränderten Situationen in Europa schnell und geschlossen reagieren müsse. Davon, so **Binding** abschließend, seien FDP, CSU und CDU jedoch weit entfernt, weil sie sich stark mit ihren eigenen Streitpunkten befassten und aufrieben. Das jüngste Urteil des Verfassungsgericht zeige außerdem, dass die Alleingänge der Regierung ohne ausreichende und rechtzeitige Parlamentsbeteiligung verfassungswidrig seien. „Welch dünnes Eis – auf dem sich die Regierung Merkel bewegt“, so **Binding**.

Ulrich Möhrle moderierte die interessante und engagierte Diskussion und dankte in seinem Schlusswort Heidi Ankner für ihre Initiative **Binding** einzuladen und für den so interessanten wie anstrengenden Vortrag. Finanzpolitik sei eben doch komplexer als sie auf den ersten Blick aussehe.

30.10.2012

Heidi Ankner
über Ulrich Möhrle

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

Im Nachbar-Wahlkreis 256 Kempten-Lindau-Oberallgäu zur SPD-Bundestagskandidatin nominiert:

Katharina Schrader, 31 Jahre jung, SPD-Kreisvorsitzende Kempten Nach einem männlichen Bewerber um den Einzug in den Bundestag bei der letzten Bundestagswahl 2009 schickten die Allgäuer Sozialdemokrat/innen dieses Mal, ohne lange zu zögern, eine junge und sehr engagierte Genossin ins Rennen um ein Bundestagsmandat. Ganz passend zum neuen SPD-Statut mit der Vorgabe „Reissverschluss-System“!

Am 8. Dezember 2012 entscheidet die Landesvertreterversammlung der Bayern-SPD darüber, wie die Kandidat/innen vom SPD-Landesbezirk „Schwaben“ auf der Landesliste verteilt werden und ob Katharina Schrader Chancen auf den Einzug in den Bundestag hat. Vom bayrischen Allgäu haben sich zuletzt einen

bundesweiten Namen gemacht: die profilierten SPD-Bundestagsabgeordneten **Dieter Lattmann** (aus Kempten) und **Sigrid Skarpelis-Sperk**, eine der mutigen Rebell/innen in der SPD-Bundestagsfraktion gegen Kanzler Schröder's Arbeitsmarktreformen. Sigrid kommt wie Walter Riestler aus Kaufbeuren.

16 Bundestagsabgeordnete hat die bayrische SPD bei der letzten Bundestagswahl 2009 nach Berlin schicken können, also 1 MdB mehr als die SPD Baden-Württemberg. Vom SPD-Bezirk Schwaben kommen zwei Bundestagsabgeordnete: die frühere Fachlehrerin/Erzieherin **Gabriele Fograscher** (Wahlkreis 254 Donau-Ries, Donauwörth) und der frühere Hauptschullehrer **Heinz Paula**, Wahlkreis 252, Augsburg-Stadt.

Katharina Schrader ist Mutter zweier Söhne und hat Politikwissenschaft, Geschichte, Wirtschafts- und Kulturgeographie studiert und ist Politikberaterin beim SPD-Parteivorstand in Berlin. Die gebürtige Aachenerin ist zudem wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro der SPD-Bundestagsfraktion im Allgäu. Ihre Vorstellung für den kommenden Wahlkampf umschrieb sie mit dem Motto „Neues wagen!“ und mit dem Service einer pfiffig gestalteten „AnsprechBar“. **Toi-Toi-Toi, Katharina!**

W. Bernhard

Volkmar Halbleib:

Söder schützt reiche Steuerhinterzieher zulasten der ehrlichen Arbeitnehmer

SPD macht fehlende Steuergerechtigkeit in Bayern zum Wahlkampfthema

„Bayerns Finanzminister Söder und die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Bayern werden immer mehr zu Schutz- und Schirmherren der Steuerhinterzieher“, meint angesichts deren kritischer Haltung zum Ankauf von Steuer-CDs der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Finanzsprecher der Landtags-SPD, Volkmar Halbleib. Was bisher die Position der FDP war, sei jetzt offensichtlich auch die der Volkspartei CSU mit dem ‚sozial‘ im Namen, kommentiert Halbleib die durch einen Bericht in der heutigen Süddeutschen Zeitung deutlich gewordene zurückhaltende Einstellung Söders zum Kauf von Steuer-CDs als ‚Mittel zweiter Wahl‘, das rechtlich umstritten

sei und die Frage der Steuergerechtigkeit dem Zufall überlasse.

„Söders Position ist auch ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen die Steuer direkt vom Lohn abgezogen wird“, stellt der SPD-Haushalts- und Finanzexperte fest. „Das sollen Söder und Seehofer den normalen Lohnsteuerzahlern einmal erklären, warum sie mit der Ablehnung künftiger Datenankäufe wohlhabende Steuerhinterzieher schützen und den Anreiz für Selbstanzeigen zerstören.“ Halbleib: „Söder schützt reiche Steuerhinterzieher zulasten der ehrlichen Arbeitnehmer. Seine Haltung grenzt im Ergebnis an Strafvereitelung und Beihilfe zur Steuerhinterziehung im Amt.“

Deutlich werde zudem die Grundsatzlosigkeit von Söder, auf der einen Seite über eine halbe Milliarde Euro Mehreinnahmen durch die beherrschte Vorgehensweise insbesondere der nordrhein-westfälischen Finanzbehörden beim Kauf von Steuer-CDs und die dadurch verursachten Selbstanzeigen zu kassieren, aber den Erwerb von Steuerdaten durch den Freistaat abzulehnen. Halbleib: "Anders als Söder Glauben machen will, ist die Quelle für die Ermittlung von Steuerhinterziehern sowohl durch Ankauf von Steuer-Daten wie auch durch damit veranlasste Selbstanzeigen keinesfalls versiegt. Ein Auf und Ab hat es bei der Zahl der Selbstanzeigen in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben." Selbstverständlich müsse die Ergiebigkeit der Daten in jedem Einzelfall geprüft werden. „Wenn diese vorliegt, führt Söders Haltung dazu, dass ein Nichtankauf die Steuerhinterzieher schützt und den Staat um ihm zustehende Millioneneinnahmen bringt.“

Der SPD-Fraktionsvize und -Finanzsprecher kündigte an, die fehlende Steuergerechtigkeit in Bayern zum Wahlkampfthema zu machen. Dabei gehe es neben dem Schutz für reiche Steuerhinterzieher auch um die drastische Unterbesetzung der bayerischen Finanzämter, die der Oberste Rechnungshof seit Jahren kritisiert. Söder reagiere mit seiner öffentlichen Erklärung offensichtlich auf eine Landtagsanfrage von ihm, meint Halbleib. Darin will der SPD-Finanzexperte unter anderem wissen, wieviele Selbstanzeigen von Steuerflüchtlingen es seit 2007 in Bayern gegeben hat und welche zusätzlichen Steuereinnahmen der Freistaat dadurch erzielt hat. Auch fragt Halbleib, ob den bayerischen Behörden aktuelle

Angebote für den Ankauf von Steuerdaten vorliegen und ob die Staatsregierung diese zu kaufen beabsichtige oder aus welchen Gründen nicht. Die Antwort auf Halbleibs Anfang September eingereichte Anfragen ist nach den Regularien Anfang nächster Woche zu erwarten.

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 17.10.2012

Über: MailAdresse=Leo.Wiedemann@t-online.de

Haderthauers Verhandlungen über Alkoholverkaufsverbot an Tankstellen eine reine Nullnummer

SPD-Innenexpertin Helga Schmitt-Bussinger: Versagen der Sozialministerin sind auch ein Beleg für die Handlungsunfähigkeit der Staatsregierung

Helga Schmitt-Bussinger, Innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, sieht in den ergebnislosen Verhandlungen über ein nächtliches Alkoholverkaufsverbot an Tankstellen ein Versagen der Sozialministerin Haderthauer und einen Beleg für die Handlungsunfähigkeit der Staatsregierung. "Die zähen Verhandlungen zwischen Staatsregierung und Tankstellenverbänden haben nichts gebracht. Alles ist wie vorher. Die Probleme wurden nicht gelöst", resümiert Helga Schmitt-Bussinger das Ergebnis der Verhandlungen.

Die SPD-Abgeordnete sieht die CSU in einer Zwickmühle - sie wolle etwas gegen Alkoholmissbrauch und nächtliche Gewalt tun, traue sich aber weder an ein Ladenschlussgesetz noch sich gegen die FDP durchzusetzen. „Das ergebnislose Hin-und-Her zeigt eindrucklich, dass die Staatsregierung handlungsunfähig ist. Sie produziert nur heiße Luft, sonst nichts“, kritisiert Schmitt-Bussinger.

Dass diejenigen Tankstellen durch Behörden weniger kontrolliert werden sollen, die freiwillig auf nächtlichen Alkoholverkauf verzichten, sieht Schmitt-Bussinger als sehr problematisch: „Das hört sich an wie ein Aufruf zur Gesetzesmissachtung und kann ja nicht allen Ernstes so praktiziert werden. Haderthauers Versuche um ein Alkoholverkaufsverbot waren eine totale Nullnummer. Anders lässt es sich nicht ausdrücken.“

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 24.10.2012 über Leo Wiedemann

Fortsetzung von Seite 15

Termine im Bodenseekreis

OV Deggenhausertal

Mitgliederversammlung

Donnerstag 22.11.12, 20 Uhr
näheres folgt

Tagesordnung

1. Bericht aus dem Gemeinderat
 2. Aktuelles aus Land und Bund
 3. Verschiedenes
- Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

OV Friedrichshafen:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 08.11.2012
19:30 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Seehof Restaurant FN, Olgastr. 6

Jahresabschlussfeier der SPD-FN

Sonntag, 09.12.2012
10:30 Uhr - 15:00 Uhr.
Ort: Zeppelin Dorfkrug FN

Bei der Jahresabschlussfeier der SPD-FN werden mehrere Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft (10, 25 und 40 Jahre) geehrt.

OV Meersburg:

Donnerstag, 08.11.2012
20:00 Uhr

Stammtisch

Im Truben
Steigstraße

Donnerstag, 29.11.2012

Vorstandssitzung

Gutsschänke

OV Überlingen:

06.11.2012
parteiöffentliche

Vorstands- und Fraktionssitzung

Themen: Haushalt u. a.
Zeit: 19:30
Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone

07.12.2012

Weihnachtsfeier

Zeit: 15:00
Ort: Diakonie, Christophstraße

SPD-Publikationen in der Region ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- 's Rote Fücksle www.spd-ehingen.de
- Bibervision www.spd-biberach.de
- Der Rote Seehas:

http://www.spd-bodenseekreis.de/index.php?mod=content&menu=400&page_id=16706

oder über:

www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/

Mit der S-Bahn zur Landesgartenschau 2020 in Überlingen

Wie kommen wir zu einer attraktiveren Bodenseegürtelbahn?

**Freitag, 9. November 2012, 19.30 Uhr
im Foyer des Kursaals Überlingen**

Einladung zur öffentlichen Veranstaltung mit Bahnexperten:

- 19:30 Grusswort: *Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Überlingen.*
Vorstellung der Überlinger Landesgartenschau 2020
- 19:45 Vorstellung der Referenten und Diskussionsleitung:
Ulrich Bauer und Wolfgang Schreier, Initiative Bodensee-S-Bahn
Fragen und kurze Diskussion nach jedem Referat
- 20:00 Erfolge mit dem regionalen Bahnverkehr in Baden-Württemberg
Stand der Angebots- und Ausbauplanung auf der Bodenseegürtelbahn,
der Hochrhein- und der Südbahn
Bernd Klingel, Geschäftsführer der NVBW
(*Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg*)
- 20:50 S-Bahn Schaffhausen – attraktives Angebot für eine kleine Agglomeration
*Patrick Altenburger, Leiter der Koordinationsstelle für den öffentlichen
Verkehr des Kantons Schaffhausen*
- 21:15 Freizeitverkehr – die Butter auf dem Brot des Bahnverkehrs am Bodensee
Tageskarte Euregio Bodensee – der erste Baustein für einen Tarifverbund
Werner Fritschi, Stv. Geschäftsführer und Leiter Markt der Turbo AG
- 21:40 Resolution an die für die Bodenseegürtelbahn zuständigen, deutschen
Behörden – Diskussion und Verabschiedung

Eintritt frei

Schluss der Veranstaltung ca. 22 Uhr

Weitere Informationen: www.bodensee-s-bahn.org

ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG
MIT

PROF. GERD BOSBACH

Professor für Statistik und Empirische
Wirtschaftsforschung, FH Remagen



**DEMOGRAPHIE ODER
DEMAGOGIE?**

15. November 2012

um 17.00 Uhr

**Restaurant Storchen
Wilhelmstraße 1
88212 Ravensburg**

Was wird nicht alles behauptet, nur um Kürzungen von Renten und Sozialleistungen zu rechtfertigen und die Bürgerinnen und Bürger in die private Altersversorgung zu treiben, von der lediglich die Versicherungskonzerne profitieren und die die Menschen nicht vor Altersarmut schützt:

„Die Deutschen sterben aus!“

„Der Fachkräftemangel wird das Wirtschaftswachstum erwürgen!“

„In zwanzig Jahren können die Jungen die Renten für die Alten nicht mehr bezahlen!“

Prof. Bosbach räumt mit diesen Falschbehauptungen gründlich auf und entlarvt statistische Lügen. Sie werden staunen!

Hören Sie und diskutieren Sie mit!

Veranstalterin:
Ver.di Oberschwaben

ver.di-Mitglieder erhalten ein Getränk kostenlos.



Verteilung des Sozialistenbrotts

Dr. Ulrich Maly

Oberbürgermeister von Nürnberg

Am Freitag, 9. November 2012

um 20.00 Uhr

in Lindenberg, Löwensaal-Foyer

Die Laudatio hält

Johanna Werner-Muggendorfer, MdL



Kreisverband Lindau

V. i. S. d. P. Leo Wiedemann

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseeas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

SPD Bundestagsfraktion:

webteam@spdfraktion.de

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Sprecherkreis DL 21 B-W:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Martin Rivoir, MdL:

martin.rivoir@spd.landtag-bw.de

Dr. Peter Ramsauer, MdB, BM:

poststelle@bmvbs.bund.de

Bernd Caesar:

bernd.caesar@online.de

Frank, Roland:

frank-fn@t-online.de

Nuber, Werner:

(SPD Friedrichshafen)

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Martin Gerster, MdB:

martin.gerster@wk.bundestag.de

martin.gerster@bundestag.de

SPÖ-Express:

Ländle Gerech:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Lisa Stahn:

lisastahn@aim.com

Susann Göhler-Krekosch:

Peter Fischer:

ulm@dgb.de

Heidi Anker:

Uli Möhrle:

Leo Wiedemann:

leo.wiedemann@t-online.de

Werner Herkert, Ver.di Oberschwaben:

Werner.Herkert@verdi.de

Initiative Bodensee-S-Bahn:

wmschreier@bluewin.ch

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

DGB-Region Südwürttemberg, Ulm:

ulm@dgb.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseeas@kabelbw.de